Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Von Kopenhagen nach Paris: Ein Vergleich der Klimakonferenzen COP 15 und COP 21 mit Fokus auf die Rolle der Verhandlungsführung

Bachelorarbeit im Studiengang Umweltnaturwissenschaften

Nina Rapold
FS 2016

Betreut durch Dr. Andreas Knobel
Chair of Negotiation and Conflict Management, ETH Zürich

Titelbild

Oben Mitte*: Von rechts nach links: Der französische Präsident François Hollande, der französische Aussenminister und COP 21 Präsident Laurent Fabius, UN Generalssekretär Ban Ki-Moon und Generalsekretärin des UNFCCC Christina Figueres feiern die Annahme des Pariser Abkommens, François Mori, 2015. Zu finden unter http://media.npr.org/assets/img/2015/12/12/ap_977281951969_custom-aed7f626e75e03f502e8096525c0425823044c6b-s900-c85.jpg*

Oben rechts: *Logo der COP 21, UNFCCC, 2009. Zu finden unter https://ncse.com/files/COP21.jpg*

Oben links: *Logo der COP 15, UNFCCC, 2009. Zu finden unter https://shipbright.files.wordpress.com/2009/11/cop15_logo_b_m4.png*

Unten: *Versammlung an der COP 15, Jan Golinski, 2009. Zu finden unter http://unfccc.int/files/inc/graphics/image/jpeg/cop15_banner_533.jpg*

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei allen Personen bedanken, welche mich beim Verfassen dieser Arbeit unterstützt haben. An erster Stelle natürlich einen grossen Dank an meinen Betreuer Andreas Knobel, der mir während der gesamten Arbeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat und mit hilfreichen Informationen und Rückmeldungen wesentlich zu dieser Arbeit beigetragen hat. Ausserdem möchte ich mich beim gesamten NECOM Team bedanken, da auch sie mir nützliche Tipps und Anmerkungen gegeben haben, durch welche ich meine Arbeit weiter verbessern konnte.
Ein besonderer Dank gebührt ausserdem meinen Interviewpartnern, welche sich die Zeit genommen haben, trotz vollem Terminkalender mir ihre Erfahrungen und Ansichten zu berichten.

Ein weiteres grosses Dankeschön gebührt all meinen Freunden und meiner Familie, die mir immer ein offenes Ohr geschenkt und so in zahlreichen Diskussionen über Stolpersteine hinweggeholfen haben und mich mit hilfreichen Inputs zum Nachdenken anregten. Ausserdem waren sie eine grosse Hilfe dabei, meine Arbeit von Tippfehlern zu befreien und ihr „den letzten Schliff“ zu verpassen.

Zusammenfassung

Diese Arbeit untersucht die Rolle der Verhandlungsführung an den beiden Klimakonferenzen Conference of the Parties (COP) 15 und 21. Die COP 15 ist faktisch gescheitert, da man es nicht schaffte, ein rechtlich bindendes Abkommen zu erzielen. An der COP 21 gelang dies schliesslich.
Mithilfe einer Untersuchung der Ereignisse vor und während dieser beiden Konferenzen soll der Einfluss der Verhandlungsführung auf die unterschiedlichen Resultate abgeschätzt werden, wodurch anschliessend evaluiert werden soll, wie eine Verhandlungsführung Klimakonferenzen positiv beeinflussen kann. Um ausserdem abschätzen zu können, ob weitere Faktoren den Ausgang der Konferenz entscheidend beeinflussten, wurden diese ebenfalls in die Betrachtung miteinbezogen.

Es wurde herausgefunden, dass die Verhandlungsführung der COP 15 aufgrund ihrer intransparenten und undemokratischen Arbeitsweise, ihres fehlenden Sachwissens und einem Mangel an Verständnis für die Parteien und deren Positionen einen Erfolg der Konferenz stark behinderte, wenn nicht sogar verunmöglichte. Da an der COP 15 weitere Faktoren, wie die wirtschaftliche Lage und die Haltung wichtiger Verhandlungspartner, wie zum Beispiel der USA und China, ebenfalls einem Abkommen entgegen standen, verwundert es nicht, dass die Konferenz scheiterte.
Die Verhandlungsführung der COP 21 bereitete die Konferenz hingegen sehr sorgfältig vor und schaffte es, während den gesamten Verhandlungen eine transparente Arbeitsweise, welche alle Interessensgruppen berücksichtigte, aufrecht zu erhalten. Dies ermöglichte effiziente Verhandlungen. Bessere Rahmenbedingungen, wie eine stabile wirtschaftliche Lage, eine differenziertere Wahrnehmung von Entwicklungs- und Industrieländern und die Tatsache, dass die USA und China motiviert waren, ein Abkommen zu erreichen und diesbezüglich die Führung zu übernehmen, beeinflussten die Verhandlungen ebenfalls positiv: Die COP 21 wurde daher ein Erfolg und ein teilweise rechtlich bindendes Abkommen konnte erzielt werden.

Der Einfluss der Verhandlungsführung kann somit als sehr gross eingestuft werden, da sie in der Lage ist, Klimaverhandlungen bedeutend voranzutreiben, aber diese auch zum Scheitern bringen kann.

Schlagwörter: COP 15, COP 21, Conference of the Parties, Klimaverhandlungen, Klimakonferenz, Verhandlungsführung, Kopenhagen, Paris, UNFCCC

Inhaltsverzeichnis

Danksagung ... III

Zusammenfassung ... IV

Inhaltsverzeichnis ... V

Glossar ... VII

1. Einleitung ... 1
1.1. Hintergrund ... 1
1.2. Fragestellung und Vorgehensweise ... 1

2. Die Resultate der Klimakonferenzen ... 2
2.1. Die Resultate der COP 15 ... 2
2.1.1. Die wichtigsten Inhalte der Kopenhagener Vereinbarung ... 2
2.1.2. Analyse der Kopenhagener Vereinbarung ... 4
2.2. Die Resultate der COP 21 ... 5
2.2.1. Die wichtigsten Inhalte des Pariser Abkommens ... 5
2.2.2. Analyse des Pariser Abkommens ... 7
2.3. Vergleich der Resultate der COP 15 und COP 21 ... 8

3. Besonderheiten von Klimaverhandlungen ... 8

4. Der Ablauf der Klimaverhandlungen ... 11
4.1. Vor der COP 15 ... 11
4.2. Die COP 15 ... 12
4.2.1. Allgemeiner Ablauf der COP 15 ... 12
4.2.2. Verlauf der COP 15 bezüglich ausgewählter Themengebiete ... 15
4.2.3. Analyse des Ablaufs der COP 15 ... 17
4.3. Vor der COP 21 ... 19
4.4. Die COP 21 ... 20
4.4.1. Allgemeiner Ablauf der COP 21 ... 20
4.4.2. Verlauf der COP 21 bezüglich ausgewählter Themengebiete ... 23
4.4.3. Analyse des Ablaufs der COP 21 ... 25

5. Die Verhandlungsführung der COP 15 und der COP 21 im Vergleich ... 27

6. Weitere Einflussfaktoren ... 30
6.1. Verschiedene Länderpositionen ... 30
6.1.1. USA ... 30
6.1.2. Schweiz ... 31
6.1.3. EU ... 32
6.1.4. China ... 33
6.1.5. Indien ... 35
6.1.6. Saudi Arabien ... 36
6.1.7. Tuvalu ... 36
6.2. Interne Parteiführung ... 37
6.3. Öffentliche Wahrnehmung ... 37
6.4. Wirtschaftliche Lage ... 38
6.5. Analyse der weiteren Einflussfaktoren ... 39

7. Resultate ... 39

8. Diskussion ... 42

9. Literaturverzeichnis ... 44

10. Tabellenverzeichnis ... 50

11. Infoboxverzeichnis 50
12. Anhang 51

Glossar

Adaptation Anpassung	„Anpassung in natürlichen oder menschlichen Systemen als Reaktion auf aktuelle oder erwartete klimatische Auswirkungen, um Schaden zu vermindern oder günstige Gelegenheiten zu nutzen." Ergänzt wird die Adaptation im Klimaschutz durch die **Mitigation** (IPCC, 2007).
ALBA Bolivarian Alliance for the Peoples of Our America	Die ALBA wurde 2004 gegründet und besteht aus 11 lateinamerikanischen und karibischen Ländern. In den bisherigen Klimaverhandlungen leisteten diese Länder oft Widerstand und forderten von den Industrieländern basierend auf deren historischer Verantwortung ambitioniertere Klimaschutzmassnahmen. Ausserdem traten sie für eine Begrenzung der Temperaturerhöhung von 1.5 und, wenn möglich, 1°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau ein (International Center for Climate Governance, o. J.)
Annex I Parteien Länder, welche in der UNFCCC in Annex I aufgelistet sind.	Werden definiert als „industrialisierte Länder, welche Mitglieder der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) sind" plus Länder mit „Übergangswirtschaften" (**EIT**). Ergänzend dazu gibt es die **Non-Annex I** Länder (UNFCCC, 2014b).
AOSIS Alliance of Small Island States	Ist eine Koalition von kleinen Inseln und tiefliegenden Küstenländern, die ähnliche Entwicklungs-Herausforderungen und Umweltanliegen teilen, insbesondere ihre Verletzlichkeit gegenüber negativen Effekten des Klimawandels. Sie fungiert primär als ad hoc Lobby und Verhandlungsstimme für **SIDS** innerhalb des UN Systems (AOSIS, 2015).
AWG-KP Ad hoc Working Group on Further Commitments for Annex I Parties under the Kyoto Protocol	Ist eine der beiden Hauptkörperschaften, welche unter der COP eingerichtet wurden, um die COP 15 vorzubereiten. Die AWG-KP beschäftigte sich dabei mit den Emissionsreduktionszielen der Annex I Länder unter dem Kyoto Protokoll nach 2012 (Dimitrov, 2010). Die zweite der beiden Körperschaften ist die **AWG-LCA**.
AWG-LCA Ad hoc Working Group on Long-term Cooperative Action	Ist eine der beiden Hauptkörperschaften, welche unter der COP eingerichtet wurden, um die COP 15 vorzubereiten. Die AWG-LCA hatte die Aufgabe, ein globales Klimaabkommen gültig für alle Parteien unter der UNFCCC vorzubereiten (Dimitrov, 2010). Die zweite der beiden Körperschaften ist die **AWG-KP**.

COP Conference of the Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change	Das höchste Entscheidungsgremium der **UNFCCC.** Alle Parteien der **UNFCCC** sind darin vertreten (UNFCCC, 2014f).
EIT Economies in Transition	„Länder, welche in Annex I der **UNFCCC** erwähnt werden und den Prozess der Transition zu einer Marktwirtschaft durchlaufen." Ihnen wird „ein bestimmter Grad an Flexibilität" zugestanden, um „deren Möglichkeiten zu vergrössern, sich an den Klimawandel anzupassen" (United Nations, 1992).
EU European Union	Eine wirtschaftliche und politische Vereinigung von 28 europäischen Ländern, die zusammen einen großen Teil des europäischen Kontinents ausmachen (Europäische Union, 2016).
GDP Gross Domestic Product	„Ist der monetäre Wert aller Güter und Dienstleistungen, welche innerhalb einer Nation produziert werden (IPCC, 2007)."
G-77+China Group of 77	Sie ist die grösste zwischenstaatliche Organisation von Entwicklungsländern unter den **UN** und wurde 1964 gegründet. Ihr Ziel ist es, „Ländern aus dem Süden die Mittel zu ermöglichen, ihre kollektiven ökonomischen Interessen zu fördern und ihre gemeinsamen Verhandlungskapazitäten an allen grossen internationalen ökonomischen Themen innerhalb des UN Systems zu vergrössern" (Group of 77, o. J.). China ist dabei ein „assoziiertes" und kein „vollwertiges Mitglied" und wird daher mit einem „+" zusätzlich erwähnt (COP21, 2015).
INDC Intended Nationally Determined Contributions	In Vorbereitung auf die COP 21 wurden alle Parteien „eingeladen", ihre INDCs dem UNFCCC Sekretariat zu kommunizieren (UNFCCC, 2014a). Die INDCs sollten über post-2020 Klimamassnahmen informieren, welche die Parteien unter einem neuen internationalen Abkommen planen (World Resources Institute, o. J.).

IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change	„Der IPCC ist die internationale Organisation, welche sich mit der Wissenschaft im Zusammenhang mit dem Klimawandel befasst." Er wurde 1988 gegründet, um „politischen Entscheidungsträgern regelmässige Beurteilungen der wissenschaftlichen Basis des Klimawandels, seinen Auswirkungen und zukünftigen Risiken und mögliche Optionen zur Adaptation und Mitigation zur Verfügung zu stellen (IPCC, 2013)."
KP Kyoto Protocol	1997 an der COP 3 in Kyoto einigten sich die **Annex I Parteien** im „Kyoto Protocol" auf die Entwicklung einer Marktwirtschaft, mit welcher Emissionsreduktionen von 5.2% unter dem Stand von 1990 zwischen 2008 und 2012 erreicht werden sollen. Jedes Land konnte, um dies zu erreichen, seine eigenen spezifischen Ziele festlegen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009). 2005 trat das Protokoll in Kraft, welches momentan 192 Parteien als Mitglieder zählt (UNFCCC, 2014d).
LDC Least Developed Country	49 Parteien werden von der **UN** als LDCs klassifiziert. Diesen wird „besondere Beachtung unter der Konvention" zugesprochen, da sie eine „limitierte Kapazität aufweisen, um auf den Klimawandel zu reagieren und sich seinen negativen Effekten anzupassen" (UNFCCC, 2014b).
Mitigation Abschwächung	Ist „eine anthropogene Intervention, um den anthropogenen Einfluss auf das Klimasystem zu reduzieren; sie beinhaltet Strategien, um Treibhausgasquellen und –emissionen zu reduzieren und Treibhausgassenken zu fördern." Ergänzt wird die Mitigation im Klimaschutz durch die **Adaptation** (IPCC, 2007).
MRV Measurable, reportable and verifiable	Dieser Begriff beschreibt die Kontrolle von Klimaschutzmaßnahmen, die ein Staat durchführt. Der Mechanismus soll es ermöglichen, Massnahmen, welche von Staaten versprochen werden, auch überprüfen zu können (Seidler, 2009).

NDC Nationally Determined Contributions	Im Pariser Abkommen wird festgelegt, dass alle Parteien alle 5 Jahre ihre NDCs der **UNFCCC** kommunizieren müssen. Darin sollen die von den Parteien geplanten Klimaschutzmassnahmen genannt werden und wie diese durchgeführt werden sollen. Jede NDC muss ausserdem ambitionierter sein, als die vorherige (Art. 4, United Nations, 2016a).
Non-Annex I Parteien Länder, welche in der UNFCCC nicht im Annex I aufgelistet sind	Non-Annex I Länder sind meist Entwicklungsländer. Dieser Gruppe wird eine besondere Verletzlichkeit gegenüber negativen Auswirkungen des Klimawandels zugesprochen und ihr wird zugestanden, dass ihre „speziellen Bedürfnisse" bei den Aktivitäten der Konvention berücksichtigt werden. Ergänzend dazu gibt es die **Annex I Parteien** (UNFCCC, 2014b).
SIDS Small Island Developing States	Die spezielle Verletzlichkeit dieser Inseln wurde bereits 1992 an der Entwicklungskonferenz in Rio anerkannt. Sie sind besonders gefährdet im Hinblick auf negative Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere den Anstieg des Meeresspiegels (UNFCCC, 2005).
UN United Nations	Ist eine internationale Organisation, welche 1945 gegründet wurde. Sie hat momentan 193 Mitgliederstaaten und sie beschäftigt sich mit „Themen, welche die Menschlichkeit konfrontieren" (United Nations, 2016b).
UNFCCC United Nations Framework Convention on Climate Change	Sie wurde 1992 am „Rio Earth Summit" gegründet und trat 1994 in Kraft. Das Ziel der Konvention ist es, Treibhausgaskonzentrationen zu stabilisieren „auf einem Level, welches gefährliche menschliche Störungen mit dem Klimasystem" vermeiden soll (UNFCCC,2014e).

1. Einleitung

1.1. Hintergrund

Das im Dezember 2015 angenommene Pariser Abkommen (engl. „Paris Agreement“) wurde weltweit als historischer Moment gefeiert. Es stellt die Krönung eines seit mehr als 23 Jahren andauernden Versuchs der „United Nations“ (UN) dar, das globale Problem des Klimawandels zu bewältigen (Harvey, 2015). Bereits als die United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) 1992 gegründet wurde, sollte mit ihr das Ziel erreicht werden, Treibhausgaskonzentrationen „auf ein Level zu begrenzen, welches gefährliche menschliche Störungen mit dem Klimasystem vermeidet“ (UNFCCC, 2014e). Die Erfüllung dieses Ziels soll nun mithilfe des Pariser Abkommens gelingen.
Der Weg dahin war bisher geprägt von unüberwindbaren Differenzen zwischen einzelnen Parteien, unwirksamen Abkommen, Misstrauen und Fehlschlägen (Harvey, 2015).
Als einer der grössten Fehlschläge wurde die 15. Konferenz der Vertragsparteien der UN-Klimarahmenkonvention (COP 15) 2009 in Kopenhagen bekannt. Ziel war es, ein rechtlich bindendes Abkommen zu erreichen, welches fair, ehrgeizig und umfassend ist und konkrete Handlungsverpflichtungen enthält, um den Klimawandel zu bekämpfen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009). Die Verhandlungen resultierten jedoch nur in der als „schwach“ bezeichneten Kopenhagener Vereinbarung (engl. „Copenhagen Accord“), welche von den Parteien lediglich „zur Kenntnis genommen“ wurde, also weder formal angenommen wurde noch rechtsverbindlich ist (United Nations, 2009). Vieles, was man in Kopenhagen zu erreichen versuchte, gelang schliesslich 2015 an der COP 21 in Paris. 197 Parteien einigten sich und verabschiedeten das teilweise rechtlich bindende „Pariser Abkommen“ (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015).

1.2. Fragestellung und Vorgehensweise

Diese Arbeit soll mögliche Gründe für die in Abschnitt 1.1 beschriebenen unterschiedlichen Ergebnisse der COP 15 und der COP 21 aufzeigen. Der Fokus wird dabei insbesondere auf die Rolle der Verhandlungsführung gelegt. Hatte diese einen signifikanten Einfluss auf den Erfolg, beziehungsweise das Scheitern der Verhandlungen? Und wenn ja, inwiefern?

Um dies herauszufinden, werden die Klimakonferenzen in Kopenhagen und Paris bezüglich mehrerer Faktoren miteinander verglichen. Zu Beginn werden die Resultate der beiden Konferenzen genauer untersucht, um zu evaluieren, ob die COP 15 tatsächlich ein derartiger Misserfolg war und um etwaige Fortschritte in Paris gegenüber Kopenhagen zu identifizieren. Ausserdem werden in dieser Arbeit die Besonderheiten von Klimaverhandlungen geschildert, um Verständnis dafür zu schaffen, weshalb es gerade bei dieser Art internationaler Verhandlungen derart schwierig ist, ein Abkommen zu erzielen. Zudem wird der eigentliche Verlauf der COP 15 und anschliessend derjenige der COP 21 genauer untersucht. Dabei wird zuerst mithilfe eines kurzgefassten geschichtlichen Überblicks über bisherige Klimakonferenzen und weitere Ereignisse im Vorfeld die jeweilige Ausgangslage der Konferenz aufgezeigt. Dies, um zu evaluieren, ob sich bereits vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen wichtige Geschehnisse ereigneten, welche den Verlauf der Konferenz entscheidend beeinflussten. Anschliessend wird der eigentliche Ablauf der COP selbst genauer betrachtet. Dies geschieht einerseits durch die Untersuchung des allgemeinen Ablaufs und andererseits durch eine genauere Betrachtung des Verhandlungsverlaufs ausgewählter Themengebiete. Im Anschluss werden die Ereignis-

se analysiert und bezüglich ihres Einflusses auf das Resultat der Konferenz eingeschätzt. Während der gesamten Analyse wird dabei der Fokus auf die Verhandlungsführung und deren Handlungen gelegt. Weitere wichtige Geschehnisse werden aber ebenfalls miteinbezogen.
Schlussendlich werden die beiden Verhandlungsführungen der COP 15 und der COP 21 miteinander verglichen und deren jeweiliger Einfluss auf den Ausgang der Konferenzen evaluiert. Um einschätzen zu können, wie stark die beiden Verhandlungsführungen die Ergebnisse der Konferenzen tatsächlich beeinflussten, und ob dies entscheidend dafür war, ob ein Abkommen erzielt werden konnte oder nicht, werden in dieser Arbeit ausserdem noch weitere mögliche Einflussfaktoren untersucht.
Mit dem gesammelten Wissen ist es schliesslich möglich, ein relativ klares Bild der Rolle der Verhandlungsführung an der COP 15 und der COP 21 zu bekommen und abzuschätzen, was eine gute Verhandlungsführung ausmacht, und inwiefern diese zu einem Erfolg von Klimaverhandlungen beitragen kann. Diese Erkenntnisse werden zum Schluss nochmals zusammengefasst und diskutiert.

Die in der Arbeit verwendeten Informationen wurden hauptsächlich durch Experteninterviews mit den in Anhang A erwähnten Personen gesammelt, welche meist selbst an der COP 15 und/oder der COP 21 anwesend waren. Wissenschaftliche Arbeiten, Zeitungsartikel und diverse Websites dienten als Ergänzung.

2. Die Resultate der Klimakonferenzen

2.1. Die Resultate der COP 15

2.1.1. Die wichtigsten Inhalte der Kopenhagener Vereinbarung

Die knapp zweieinhalbseitige Kopenhagener Vereinbarung wurde von der COP 15 als Resultat der Klimaverhandlungen in Kopenhagen abgelehnt und lediglich „zur Kenntnis genommen“ (Vidal, 2009a). 114 Parteien, inklusive den USA, der EU, der Schweiz, China und Indien, stimmten dem Abkommen zu, sieben Länder, unter anderem Tuvalu und Saudi Arabien, lehnten es jedoch ab (Dimitrov, 2010).

In Tabelle 1 werden kurz die wichtigsten Punkte des Abkommens erwähnt, welche im Folgenden noch genauer erläutert und analysiert werden. Dazu sollte jedoch nochmals betont werden, dass keiner dieser Punkte rechtlich bindend und somit auch nicht für die Parteien verpflichtend ist, da die Vereinbarung nie formell angenommen wurde.

Bezüglich Mitigation wird das Ziel genannt, die globalen Treibhausgasmissionen so weit zu reduzieren, dass die globale Temperaturerhöhung auf unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen ausserdem die Emissionen möglichst bald ihren Höchststand erreichen, wobei den Entwicklungsländern dafür ein längerer Zeitraum zugestanden wird (Art. 2, United Nations, 2009). Über 100 Länder, insbesondere diejenigen, welche von der Klimaerwärmung am meisten bedroht werden, forderten eine Festlegung des Reduktionsziels auf 1.5°C und sprachen dementsprechend ihre Enttäuschung über das gesetzte Ziel aus (Watts, 2009a). Alle Referenzen bezüglich ambitionierterer Reduktionsziele, welche während der COP diskutiert wurden, wurden in letzter Minute entfernt, ebenso konkrete Emissionsreduktionsziele (Vidal, 2009a). Ausserdem wird kein genaues Jahr festgelegt, bis wann ein Höchststand der Emissionen erreicht werden muss. Dies, um diejenigen Industrieländer zu berücksichtigen, welche aufgrund ihrer Priorisierung der Wirtschaft gegen die Fest-

legung eines konkreten Datums waren (Watts, 2009a). In der Vereinbarung sind somit keinerlei Quantifizierungen von Emissionsreduktionszielen enthalten, was das Abkommen in einem seiner wichtigsten Punkte sehr vage macht und sogar einen Rückschritt zum Kyoto Protokoll darstellt (siehe Abschnitt 4.1) (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009).

	Industrieländer...	Entwicklungsländern...
Mitigation	...sollen ihre Emissionen soweit reduzieren, dass die globale Temperaturerhöhung unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau bleibt.	...wird Flexibilität zugestanden.
	...sollen ihre Emissionen möglichst bald den Höchststand erreichen lassen.	...wird dafür ein längerer Zeitraum zugestanden.
	...sollen ihre Mitigationsmassnahmen durch einen internationalen Mechanismus überprüfen lassen.	...wird „nationale Souveränität" gewährleistet.
Adaptation	...sollen Entwicklungsländern finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen (30Mia. von 2010-2012 und 100Mia. jährlich ab 2020).	...wird finanzielle Unterstützung gewährleistet.
	...sollen Entwicklungsländern Technologien und Kapazitätsaufbau („capacity-building") zur Verfügung stellen.	...werden Technologien und Kapazitätsaufbau zur Verfügung gestellt.

Tabelle 1: Die wichtigsten Punkte der Kopenhagener Vereinbarung

Um den Ambitionsgrad der Emissionsreduktionen der Annex I Vertragsparteien des Kyoto Protokolls weiter zu erhöhen, wurde festgelegt, dass diese ihre gesteckten Mitigationsziele für die Periode von 2010 bis 2020 einreichen sollen. Die effektiv geleisteten Reduktionen sollen anschliessend der COP berichtet und durch die COP gemessen und überprüft werden (MRV) (Art. 4, United Nations, 2009).
Auch die geleisteten Mitigationsmassnahmen durch Non-Annex I Vertragsparteien sollen anhand eines Berichts an die UN alle zwei Jahre überprüft werden. Es wird dabei aber explizit erwähnt, dass die „nationale Souveränität" dieser Länder respektiert wird (Art. 5, United Nations, 2009). Diese zusätzliche Spezifizierung gründet auf Chinas Widerstand, ihre geleisteten Massnahmen durch einen internationalen Mechanismus überprüfen zu lassen (siehe Unterkapitel 4.2.2.3) und schliesst so einen Kompromiss zwischen China und den Industrieländern, welche ebendies forderten (Dimitrov, 2010).

Um eine Adaptation in Entwicklungsländern und besonders gefährdeten Ländern zu ermöglichen, sollen Industrieländer finanzielle Ressourcen, Technologien und Kapazitätsaufbau („capacity-building") zur Verfügung stellen (Art. 3, United Nations, 2009). Konkret bedeutet dies, dass in der Periode von 2010 bis 2012 insgesamt 30 Milliarden US Dollar und ab 2020 jährlich 100 Milliarden US Dollar pro Jahr zur Verfügung gestellt werden, welche grösstenteils besonders gefährdeten Ländern zugutekommen sollen (Art. 8, United Nations, 2009).
Mit diesen Bestimmungen wird eine relativ grosse Summe Geld versprochen, die Vereinbarung lässt jedoch die Frage offen, von welchen Parteien das Geld kommen soll und wofür genau es verwendet werden wird (Watts, 2009a). Ausserdem ist zu erwarten, dass die versprochene Geldmenge effektiv kleiner ausfallen wird. Die britische Regierung hatte zum Beispiel zugegeben, dass ihre zugesprochenen Fördergelder sich unter anderem aus bereits bestehenden Fonds und ausgegebenen Geldern zusammensetzen würden (Keey, 2010). Trotz dieser Schwächen stellt dies wohl den „erfolgreichsten Teil

der Vereinbarung“ dar, da konkrete Zahlen genannt und somit effektive Versprechungen gemacht werden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009).

Um die gesetzten Mitigations- und Adaptationsziele zu erreichen, sollen diverse Ansätze verfolgt werden. Erwähnt wird unter anderem die Verwendung von Marktmechanismen, um die Kosteneffektivität zu fördern (Art. 7, United Nations, 2009).

2.1.2. Analyse der Kopenhagener Vereinbarung

Der grundlegende Inhalt der Kopenhagener Vereinbarung wurde am letzten Tag der Konferenz über Nacht grösstenteils durch die Staatsoberhäupter der USA, Chinas, Indiens, Südafrikas und Brasiliens verfasst (Dimitrov, 2010). Der Präsidentschaft der COP 15 wurde das Mandat, die Vereinbarung zu verhandeln, nicht übertragen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009). Direkt im Anschluss wurde das so entstandene Abkommen durch US Präsident Barack Obama siegessicher den Medien präsentiert, noch bevor alle Parteien davon wussten. Durch dieses Vorgehen fühlten sich viele Parteien aus dem Prozess ausgeschlossen und die Skepsis gegenüber dem Abkommen war dementsprechend gross (Fischlin, 2016).
Das Abkommen wurde schliesslich den Parteien durch den dänischen Premierminister und COP Präsidenten Lars Løkke Rasmussen nach dem Motto „Alles oder Nichts“ vorgelegt, wodurch diese keine Änderungswünsche mehr anbringen konnten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009). Diese Art, ein Abkommen vor die Parteien zu bringen ist normalerweise ein Zeichen dafür, dass sich nicht alle Parteien einig sind, man aber mit dem Abkommen, so wie es ist, leben kann. In Kopenhagen führte dies jedoch zu weiteren erzürnten Gesichtern über den Verhandlungsprozess, da viele Parteien sich um ihr Mitspracherecht betrogen fühlten (Vladu, 2016). Rasmussen gab den Delegierten nach der Präsentation der Vereinbarung Zeit, um darüber zu diskutieren, ob sie diese annehmen oder ablehnen wollten. Kritisiert wurde insbesondere die „intransparente und undemokratische“ Art und Weise, wie sie entstanden ist und, dass die Vereinbarung inhaltlich auf keinem der Entwurfstexte, welche während der Konferenz entwickelt wurden, basierte (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009).
Viele Parteien stimmten der Vereinbarung schliesslich trotz ihrer Schwächen zu, da diese lieber „einen Schritt voraus, als zwei zurück“ gehen wollten und ein Abkommen für besser als keines befanden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009). Andere Parteien sprachen sich hingegen gegen die Kopenhagener Vereinbarung aus, was schliesslich zur vollständigen Eskalation der Versammlung führte. Denjenigen Delegierten gegenüber, welche die Vereinbarung ablehnen wollten, wurden offen Drohungen ausgesprochen und sie wurden von weinenden Delegierten angefleht, das Abkommen doch anzunehmen, auch wenn es „nicht perfekt“ sei (Fischlin, 2016).

Die Klimakonferenz in Kopenhagen brachte schliesslich nur zwei konkrete Resultate hervor: Einerseits die Kopenhagener Vereinbarung, welcher von den Parteien „zur Kenntnis genommen“ wurde (United Nations, 2009), und andererseits ein Mandat, die Klimaverhandlungen fortzuführen. Dieses Mandat wurde im Vergleich zum „Bali Action Plan“ (siehe Abschnitt 4.1) jedoch stark abgeschwächt und enthielt keine Referenz mehr, dass ein „rechtlich bindendes Abkommen“ ein erwünschtes Resultat der Klimaverhandlungen ist (Dimitrov, 2010).

Die Reaktionen auf den Ausgang der COP 15 variierten, waren aber überwiegend wutgeladen und voller Enttäuschung. Das wohl schockierendste Statement machte Lumumba Di-Aping, Verhandlungsführer der G-77+China: Er verglich die gescheiterten Klimaverhandlungen und die damit verursachten Tode mit dem Holocaust (Vidal und Watts, 2009) und erläuterte, dass „der Deal das tiefste Ambitionsniveau, das man sich vorstellen kann" habe (Vidal, 2009a). Auch viele andere Länder äusserten starke Kritik sowohl bezüglich des Zustandekommens, als auch des Inhalts der Kopenhagener Vereinbarung. Ein Delegierter Saudi Arabiens kommentierte, dass dies „ohne Ausnahme die schlechteste Versammlung war, welche er je besucht hat" und äusserte damit wohl einen Gedanken, welchen viele Delegierte in der letzten Verhandlungssession teilten (Walsh, 2009). Auch Ian Fry (2016), Delegierter für Tuvalu, beklagte, dass die Vereinbarung „nicht annähernd das ist, was wir uns erhofft hatten" und Dimitrovs (2010) Fazit lautet: „Die Kopenhagener Vereinbarung ist ein schwaches Abkommen, um das internationale Versagen ein globales Klimaabkommen zu kreieren, zu maskieren."
Die Amerikaner äusserten sich etwas gemässigter und bezeichneten das Abkommen als „bedeutungsvoll", doch selbst Barack Obama, welcher massgebend an dessen Inhalt beteiligt war, gab zu, dass das Abkommen „nicht genug" sei und „wir noch einen weiten Weg vor uns haben" (Vidal, 2009a).

2.2. Die Resultate der COP 21

2.2.1. Die wichtigsten Inhalte des Pariser Abkommens

Auch hier sollen zuerst die wichtigsten Punkte des Pariser Abkommens genannt und kommentiert werden. Ausserdem sind diese zusammengefasst in Tabelle 2 ersichtlich. Die bedeutendsten Punkte bezüglich Mitigation stellen wohl Artikel 2 und 4 des Abkommens dar. Es wird festgelegt: „Die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur soll deutlich unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau gehalten werden und es sollen Anstrengungen verfolgt werden, diese Erhöhung unter 1.5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu halten" (Art. 2(1a), United Nations, 2016a). Ausserdem sollen ergänzend dazu „Treibhausgasemissionen sobald wie möglich ihren Höchststand erreichen" und es sollen Netto-Nullemissionen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts erreicht werden (Art. 4(1), United Nations, 2016a). Ebenfalls wird erwähnt, dass Industrieländer diesbezüglich „die Führung übernehmen" sollen und die Entwicklungsländer „ermutigt werden" mit der Zeit ihre Emissionen zu reduzieren (Art. 4(4), United Nations, 2016a).
Diese Artikel im Abkommen stellen einen bedeutenden Fortschritt dar, insbesondere, weil mit der Festlegung, Netto-Nullemissionen bis zur zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts zu erreichen, das Temperaturreduktionsziel in eine konkret fassbare Handlung bezüglich Emissionsreduktionen umgesetzt wurde (Hofstetter, 2016).
Laut Bretschger (2016) ist die Referenz eines „1.5°C Ziels" eher „in den Wolken", doch er bemerkt, dass dies ein geschickter Schachzug der Verhandlungsführung war, um kleinere Länder, welche ebendieses Ziel forderten, zufriedenzustellen. Auch Tuvalus Delegierter Ian Fry (2016) ist sich dieser Tatsache wohl bewusst, wenn er sagt: „Wir sind zufrieden, dass dies im Abkommen steht, aber es ist nicht ganz, was wir wollten."

Um Fortschritte in den Mitigationsmassnahmen zu messen, soll „ein Überprüfungsmechanismus ab 2023 alle fünf Jahre den kollektiven Fortschritt evaluieren und die Parteien darüber informieren" (Art. 14(2) und Art. 14(3), United Nations, 2016a). Dafür sollen die Parteien sogenannte „Nationally Determined Contributions" (NDCs) einreichen, in welchen sie über ihre Emissionsreduktionsmassnahmen und –ziele informieren. Diese NDCs sollen transparent sein und jede soll ambitionierter sein als die Vorherige (IISD

Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015). Bereits vor der COP 21 wurden die Parteien gebeten, ihre sogenannten „Intended Nationally Determined Contributions“ (INDCs) einzureichen, in welchen sie ihre geplanten Mitigationsziele formulierten. Akkumuliert man die Emissionsreduktionen der 187 eingereichten INDCs zusammen, würde man momentan eine Temperaturerhöhung von 2.7°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau erreichen (Vaughan, 2015). Ziel ist es, durch die NDCs alle fünf Jahre „die Schlinge enger zu ziehen“ und dadurch eine Begrenzung der Temperaturerhöhung von 2 respektive 1.5°C zu gewährleisten (Bretschger, 2016). Die grösste Schwäche dieses Überprüfungsmechanismus liegt wohl darin, dass es zwar für die Parteien verbindlich ist, regelmässig Emissionsreduktionsziele einzureichen, der Ambitionsgrad von diesen jedoch nicht vorgeschrieben (Bretschger, 2016) und die Erfüllung der Ziele nicht rechtlich bindend ist (Vaughan, 2015). Ausserdem darf nur festgestellt werden, ob und wieviel ambitionierter die NDCs im Vergleich zu denjenigen von vor fünf Jahren sind. Internationale Vergleiche der Beiträge werden jedoch nicht zugelassen. Aufgrund der Tatsache, dass die NDCs transparent sein müssen, kann aber erwartet werden, dass ein solcher Vergleich durch unabhängige Stellen trotzdem gemacht werden wird (Bretschger, 2016).

	Industrieländer...	Entwicklungsländer...
Mitigation	...sollen ihre Emissionen soweit reduzieren, dass die globale Temperaturerhöhung unter 2°C, und wenn möglich unter 1.5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau bleibt.	...„werden ermutigt“, ihre Emissionen ebenfalls mit der Zeit zu reduzieren.
	...sollen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts Netto-Nullemissionen erreichen.	...bekommen dafür einen längeren Zeitraum zugestanden.
	...sollen alle 5 Jahre NDCs einreichen, welche ambitionierter sein müssen als die letzten und welche durch einen internationalen Mechanismus überprüft werden.	...sollen alle 5 Jahre NDCs einreichen, welche ambitionierter sein müssen als die letzten und welche durch einen internationalen Mechanismus überprüft werden.
Adaptation	...sollen Entwicklungsländern finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen (100Mia. jährlich ab 2020).	...bekommen finanzielle Unterstützung.
	...sollen Entwicklungsländern Technologien und Kapazitätsaufbau („capacity-building“) zur Verfügung stellen.	...bekommen Technologien und Kapazitätsaufbau.
„Loss and Damage“	...werden zu keiner „Haftbarkeit“ oder „Kompensation“ durch diesen Mechanismus verpflichtet.	...bekommen einen Mechanismus, welcher es ihnen erlaubt, finanzielle Schäden aufgrund der Klimaerwärmung anzusprechen.

Tabelle 2: Die wichtigsten Punkte des Pariser Abkommens

Um den Entwicklungsländern zu ermöglichen, sich an die Klimaerwärmung anzupassen und auf erneuerbare Energien umzusteigen, wird eine finanzielle Unterstützung durch Industrieländer von 100 Milliarden US Dollar jährlich ab 2020 zugesichert (§115, Art. 9(1) und Art. 9(2), United Nations, 2016a). Dies ist grösstenteils eine Neuformulierung der finanziellen Zusicherungen, welche in Kopenhagen gemacht wurden und dieselben Schwächen enthalten (Fry, 2016). Ausserdem stehen diese finanziellen Zusicherungen nicht im rechtlich bindenden Teil des Abkommens, da die USA dieses ansonsten vom Kongress hätte bewilligen lassen müssen (Vaughan, 2015). Aufgrund der konservativen Zusammensetzung desjenigen konnte man davon ausgehen, dass dieser das Abkommen ablehnen würde. Da man den USA als einem der grössten Emitter mit einer Schlüsselposition in den Klimaverhandlungen aber ermöglichen wollte, das Abkommen anzunehmen, einigten sich die Parteien darauf, ihr entgegenzukommen und den Artikel in den nicht rechtlich bindenden Teil des Abkommens zu verschieben (Perrez, 2016).

Ausserdem wird im Abkommen festgehalten, dass ein „Verlust und Schaden"-Mechanismus („Loss and Damage") eingerichtet werden soll, welcher es gefährdeten Ländern erlaubt, durch den Klimawandel entstandene finanzielle Verluste anzusprechen (Art, 8(1), United Nations, 2016a). Aufgrund der Angst der USA und anderen Industrieländern, mit finanziellen Ansprüchen durch geschädigte Länder konfrontiert zu werden (Vaughan, 2015), wurde aber zusätzlich festgehalten, dass dabei „keine Haftbarkeit oder Kompensation" miteinbegriffen ist (§52, United Nations, 2016a). Dies ist für viele Länder enttäuschend (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015), doch, dass überhaupt eine solche Formulierung im Abkommen enthalten ist, wird als „wesentliche Leistung" gefeiert (Fry, 2016).

2.2.2. Analyse des Pariser Abkommens

Am 12. Dezember wurde das Pariser Abkommen von allen Parteien feierlich angenommen (Harvey, 2015) und liegt seit dem 22. April 2016 in New York im United Nations Hauptquartier zur Unterzeichnung und Ratifizierung auf (Art. 20(1), United Nations, 2016a). Das Abkommen tritt in Kraft, sobald mindestens 55 Parteien, welche für mindestens 55% der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, das Abkommen ratifiziert haben (Art. 21(1), United Nations, 2016a). Am 4. Juli 2016 haben bereits 19 von 197 Parteien, verantwortlich für 0.18% der weltweiten Treibhausgasemissionen, das Abkommen ratifiziert (UNFCCC, 2014i).

Die Reaktionen dem Pariser Abkommen gegenüber waren grösstenteils positiv und man feierte die Entstehung eines „historischen, langfristigen und ehrgeizigen" Abkommens (Harvey, 2015). Doch auch dieses Abkommen wurde von einigen Stellen kritisiert: Da im Pariser Abkommen die meisten prozeduralen Aspekte rechtlich bindend sind, die substantiellen Elemente jedoch nicht (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015), stuft Climate justice now! das Abkommen als „schwach" ein (climatejustice) und auch Lucas Bretschger (2016) bezeichnet es als ein „mildes Abkommen, das vieles offen lässt". Franz Perrez (2016), Leiter der Schweizer Delegation in Paris, unterscheidet zwischen „was man erreichen kann und, was man erreichen sollte". Er stellt fest, dass vermutlich das Maximum aus den Verhandlungen herausgeholt wurde, dies aber noch immer zu wenig ist, um das Ziel der UNFCCC zu erreichen, und insbesondere verbindliche Emissionsreduktionen nötig wären (Perrez, 2016). Bretschger (2016) kritisiert hauptsächlich das Fehlen einer „international koordinierten, konsistenten Politik", welche es erlaubt, Beiträge einzelner Länder „auf eine gemeinsame Basis zu stellen". Dies ist aufgrund der Tatsache, dass internationale Vergleiche der NDCs nicht zugelassen sind, nicht möglich (Bretschger, 2016). Trotz der genannten Schwächen wird das Pariser Abkommen als „ein faires Abkommen" (Hofstetter, 2016) gelobt und Bretschger (2016) betont, dass das Zustandekommens eines Abkommens wie dasjenige von Paris „ein Wunder ist, wenn man weiss, wie der UN-Prozess funktioniert". Perrez (2016) macht den Erfolg des Abkommens ausserdem weniger vom Abkommen selbst abhängig, sondern glaubt, dass schlussendlich „nationale politische Entscheide" bestimmen werden, ob die Klimaerwärmung auf das nötige Niveau begrenzt werden kann.

2.3. Vergleich der Resultate der COP 15 und COP 21

Kann aus den in Abschnitt 2.2 beschriebenen Gegebenheiten die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die COP 15 ein Misserfolg und die COP 21 ein Erfolg war? Lucas Bretschger (2016) ist überzeugt, dass die Kopenhagener Vereinbarung ein „nötiger Zwischenschritt" war, um schlussendlich ein Resultat, wie das Pariser Abkommen, zu erreichen. Ausserdem betont er, dass viele Inhalte des Pariser Abkommens bereits in Kopenhagen diskutiert und teilweise auch in der Kopenhagener Vereinbarung niedergeschrieben wurden. Auch Franz Perrez (2016) dementiert, dass die COP 15 ein totaler Misserfolg war. Er nennt die Konferenz trotz all ihrer Schwächen „einen grossen Erfolg", begründet damit, dass man nur ein Jahr später, an der COP 16 in Cancun, auf Basis der Resultate in Kopenhagen viele wichtige Punkte beschliessen konnte. Es kann also gesagt werden, dass die beiden Konferenzen und deren Resultate aufeinander aufbauen und die Resultate von Kopenhagen möglicherweise subtilerer Natur sind als ein niedergeschriebenes Abkommen. Doch trotz allem sollte das katastrophale Ende der COP 15 nicht ignoriert werden. Effektiv ist die COP 15 gescheitert und es wurden sogar Rückschritte in den Verhandlungen gemacht. An der COP 16 in Cancun konnte schliesslich nicht das Inkrafttreten eines Abkommens geplant werden, sondern man musste zuerst die Klimaverhandlungen wieder zurück auf den richtigen Pfad bringen.
Der eigentliche Erfolg der COP 15 als erste Klimakonferenz dieser Grösse war es vermutlich, eine Erfahrungsgrundlage dafür zu schaffen, wie man derartige Klimaverhandlungen führen, respektive nicht führen sollte. Vieles konnte sowohl von der Verhandlungsführung als auch von den teilnehmenden Parteien gelernt und in Paris angewendet werden, was ohne Zweifel zu einem Erfolg der COP 21 beitrug (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015). Ausserdem wurde das Anforderungsprofil an ein mögliches Abkommen in Paris massiv heruntergeschraubt, was es erlaubte, die Widerstandpunkte einzelner Parteien, insbesondere diejenigen der USA, zu respektieren und so eine Einigung erleichterte (Hofstetter, 2016). Die Frage bleibt offen, ob mit einer besseren Vorbereitung oder der Veränderung weiterer Faktoren, wie zum Beispiel der Qualität der Verhandlungsführung oder dem Ablauf und der Organisation der Konferenz, bereits an der COP 15 mehr hätte erreicht werden können. Im Folgenden wird insbesondere die Rolle der Verhandlungsführung an den beiden Klimakonferenzen untersucht und evaluiert, ob diese einen Einfluss auf die Resultate in Kopenhagen und Paris hatte, und wenn ja, wie gross dieser war.

3. Besonderheiten von Klimaverhandlungen

Bevor weiter auf die Rolle der Verhandlungsführung eingegangen wird, sollen hier die Besonderheiten und insbesondere die Schwierigkeiten, welche mit Klimaverhandlungen verknüpft sind, erläutert werden. Dies, um Verständnis dafür zu schaffen, weshalb es gerade bei Klimakonferenzen so schwierig ist, eine Einigung zwischen den Parteien zu erzielen und ein Abkommen zu produzieren.

Will man die Temperaturerhöhung durch Treibhausgase auf 2°C, beziehungsweise 1.5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzen, so kann die Wissenschaft relativ klar berechnen, wie viele Emissionen weltweit noch ausgestossen werden dürfen, um unter dem gesetzten Wert zu bleiben. Die Schwierigkeit liegt darin, zu entscheiden, wie diese gesamte erlaubte Emissionsmenge auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden soll und wer dementsprechend noch wie viele Emissionen ausstossen darf (Ambühl, 2015).

Ambühl (2015) nennt drei Faktoren, welche die Beantwortung ebendieser Frage erschweren:

- Ungleiches Verursachen: Gemessen am jährlichen pro Kopf Ausstoss hat jede der insgesamt 196 Parteien einen unterschiedlich grossen Teil der Klimaerwärmung verursacht. Länder wie China und die USA stossen im Vergleich zu Ländern wie Tuvalu sehr viele Emissionen aus.
- Ungleiche Betroffenheit: Der potentielle Schaden, beziehungsweise Gewinn, welcher ein Land aus dem Klimawandel davonträgt, variiert sehr stark. Pazifische Inselstaaten werden durch die Temperaturerhöhung in ihrer Existenz bedroht, während nördliche Länder, wie zum Beispiel Kanada, kurzfristig durch erhöhte landwirtschaftliche Erträge sogar von ihr profitieren könnten.
- Ungleiche Adaptationsmöglichkeiten: Jedes Land hat unterschiedlich viele Ressourcen (finanzielle, technische, etc.) zur Verfügung, um sich an die Folgen der Klimaerwärmung anzupassen, und kann demzufolge auch unterschiedlich gut mit den resultierenden Konsequenzen umgehen. Burundi hat, gemessen am jährlichen Bruttoinlandprodukt pro Kopf, rund 75mal weniger Geld zur Adaptation zur Verfügung als die Schweiz.

Aus diesen Gegebenheiten resultiert eine extreme Heterogenität der einzelnen Länderpositionen. Jedes Land verfolgt seine eigenen Interessen und diese überschneiden sich häufig nicht mit denjenigen anderer Länder. Die Regelung, dass ein Abkommen nur bei bestehendem Konsens angenommen werden kann, erschwert die Sache zusätzlich (siehe Infobox 1).

Eine Einigung wird aber nicht nur durch die Differenzen zwischen den Parteien erschwert, sondern auch durch die grossen Unsicherheiten, welche mit der Klimapolitik und ihren Konsequenzen verknüpft sind. Viele mögliche Folgen der Klimaerwärmung können nach wie vor relativ schlecht abgeschätzt werden und eine Quantifizierung der daraus folgenden Kosten ist daher äusserst schwierig (Fischlin, 2016). Zudem betreffen die Konsequenzen des Klimawandels eine globale Skala und beeinflussen den „Wohlstand und die Sicherheit von allen menschlichen Gemeinschaften“ (Dimitrov, 2010).

Die Konsens-Regelung im UNFCCC Prozess

Die COP einigte sich bereits 1996 darauf, die UNFCCC „rules of procedure“ anzuwenden, mit Ausnahme der Regel 42, welche Abstimmungen regelt (para. 7, rule 42, United Nations, 1996). In Abwesenheit einer formalen Regelung gilt automatisch die „Annahme durch Konsens“, dessen Definition jedoch bis heute unklar ist. In der UN bedeutet diese Regelung meist, dass ein Abkommen nicht durch eine Abstimmung, sondern durch „allgemeine Zustimmung“ und die Abwesenheit formaler Einsprüche angenommen wird (UNFCCC, 2011). Es sind aber auch Fälle bekannt, in welchen formale Einsprüche ignoriert wurden, da „Konsens nicht das Recht einer Partei bedeutet, den Fortschritt zu blockieren“ (Bosco, 2010). Auch wenn es folglich möglich ist, einzelne Parteien zu übergehen, so bedeutet diese Regelung trotz allem, dass eine deutliche Mehrheit mit dem Abkommen einverstanden sein muss, wodurch ein Regieren einzelner Parteien oder ein Übergehen bestimmter Interessengruppen ausgeschlossen wird. Diese Regelung verlangt folglich, „den kleinsten gemeinsamen Nenner“ aller Positionen zu finden (Bretschger, 2016).

Infobox 1: Die Konsens-Regelung im UNFCCC Prozess

Bei der Anpassung an den Klimawandel dreht es sich also weniger um die Ökologie, als vielmehr um die Ökonomie. Eine fundamentale Transformation zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft würde unsere Welt vollkommen umgestalten. Man denke zum Beispiel an die „Ölverbindung“ zwischen dem Westen und dem mittleren Osten, einer der „Pfeiler unserer heutigen Weltpolitik“ (Dimitrov, 2010).

Walsh (2009) begründet folglich das träge Vorwärtskommen der Klimapolitik damit, dass „die Verhandlungen bis zu einem kritischen Punkt fortgeschritten sind, wobei getroffene Entscheidungen einen realen Einfluss nicht nur auf die Umwelt, sondern auch auf die Wirtschaft haben werden", wobei die genaue Art dieses Einflusses noch zu einem grossen Teil unbekannt ist.
Unter der UNFCCC wurden ausserdem sogenannte „Fairnessprinzipien" festgelegt, um eine gerechte Verhandlung und die Bestimmung „fairer Beiträge" zu gewährleisten. Alle Länder sollen einen möglichst grossen Beitrag leisten, der im Einklang mit dem Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten" („common but differentiated responsibilities") steht und ihren „jeweiligen Fähigkeiten" und den gegebenen „sozialen und ökonomischen Bedingungen" entspricht (United Nations, 1992). Im Pariser Abkommen wird zusätzlich das „Prinzip der Gerechtigkeit" („principle of equity") erwähnt (Art. 2(2), United Nations, 2016a).
Anhand dieser Prinzipien sollte es möglich sein, zu bestimmen, welches Land wieviel beitragen müsste. Bestandteil der Diskussion sind jedoch meist nicht die erwähnten Prinzipien selbst, sondern, wie diese am besten angewendet werden könnten. Um diese Frage zu beantworten, gibt es verschiedene Ansätze. Die meisten davon sind darauf ausgelegt, die jeweiligen Kapazitäten der Länder und deren Verantwortung zu bestimmen und daraus die Höhe des Beitrags, den ein Land leisten müsste, abzuleiten. Die Kapazität eines Landes, also wieviel es potentiell beitragen könnte, wird meist durch dessen finanzielle Möglichkeiten bestimmt. Aber auch Faktoren, wie zum Beispiel der technologische Entwicklungsstand eines Landes, können miteinbezogen werden (Bretschger, 2016). Die Verantwortung kann unterteilt werden in historische, gegenwärtige und zukünftige. Die historische Verantwortung beinhaltet, wie viele Emissionen ein Land in der Vergangenheit ausgestossen hat, die gegenwärtige, welches Land zum momentanen Zeitpunkt wieviel ausstösst und die zukünftige, wieviel welches Land zukünftig noch ausstossen wird (Fischlin, 2016). Hauptproblem in den Verhandlungen ist es einerseits, sich auf bestimmte Faktoren zu einigen, und andererseits, sich über deren Gewichtung einig zu werden (Bretschger, 2016). Viele Parteien verfolgen hier das Ziel, ein Bewertungsschema anzuwenden, mit welchem sie selbst möglichst wenig leisten müssen. Dies reflektiert die Tatsache, dass die globale Umwelt ein öffentliches Gut darstellt. Alle Parteien profitieren von einem starken Klimaschutz, auch wenn dieser nur von einigen wenigen Parteien durchgeführt wird. Man möchte also selbst möglichst wenig leisten und möglichst viel von den Beiträgen anderer Länder profitieren (sog. „Free Rider Problem") (Carraro und Siniscalco, 1993). Würde man zum Beispiel die historische Verantwortung stark gewichten, kämen die USA in ein klares Defizit und müssten viel mehr leisten, als sie es bisher getan haben. Daher scheuen sich viele Parteien vor einem Vergleich mittels objektiver Kriterien, was die Bestimmung eines „fairen Beitrags" weiter erschwert (Bretschger, 2016).

Eine gute Verhandlungsführung sollte sich aller oben beschriebenen Faktoren bewusst sein und diese dementsprechend in ihr Handeln einfliessen lassen, um die Schwierigkeiten überwinden und eine Einigung erzielen zu können.

4. Der Ablauf der Klimaverhandlungen

4.1. Vor der COP 15

Der eigentliche Startpunkt und gleichzeitig erster grosser Meilenstein politischer internationaler Klimaverhandlungen wird durch die Gründung der UNFCCC festgelegt (siehe Infobox 2). 1997 an der COP 3 in Kyoto einigten sich daraufhin die sogenannten Annex I Parteien im „Kyoto Protokoll" auf die Entwicklung einer Marktwirtschaft, mit welcher globale Emissionsreduktionen von 5.2% unter dem Stand von 1990 zwischen 2008 und 2012 erreicht werden sollten. Jede Partei hat, um dies zu erreichen, ihre eigenen spezifischen Ziele festgesetzt (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009). 2005 trat das Protokoll in Kraft und zählt momentan 192 Parteien als Mitglieder (UNFCCC, 2014d).

Die United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)

Die UNFCCC wurde 1992 am „Rio Earth Summit" gegründet und trat 1994 in Kraft. Das Ziel der Konvention ist es, Treibhausgaskonzentrationen zu stabilisieren „auf einem Level, welches gefährliche menschliche Störungen mit dem Klimasystem" vermeiden soll. Sogenannte Annex I Länder sollen dabei ihre Emissionen am meisten reduzieren, da diese die „Quelle der meisten vergangenen und gegenwärtigen Emissionen" darstellen (UNFCCC, 2014e). Annex I Länder werden dabei definiert als „industrialisierte Länder, welche Mitglieder der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) sind" plus Länder mit „Übergangswirtschaften" (EIT). „Non-Annex I" Länder sind meist Entwicklungsländer. Diesen wird zugestanden, dass ihre „speziellen Bedürfnisse" bei den Aktivitäten der Konvention berücksichtigt werden (UNFCCC, 2014b). Das höchste Entscheidungsgremium der Konvention ist dabei die „Conference of the Parties" (COP), in welcher alle Parteien der Konvention vertreten sind (UNFCCC, 2014f).

Infobox 2: Die United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)

2007 an der COP 13 in Bali wurde schliesslich der „Bali Action Plan" angenommen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009). Dieser hat zum Ziel, „einerseits die zweite Verpflichtungsperiode des Kyotoprotokolls zu verabschieden und anderseits ein Abkommen zu erzielen, das auch die USA und die Schwellenländer in die Pflicht nimmt" (BAFU, 2009). Insbesondere Letzteres wäre ein bedeutender Fortschritt im Vergleich zum Kyoto Protokoll, welches nur Annex I Länder verpflichtete. Der „Bali Action Plan" sollte mithilfe eines zweijährigen Verhandlungsprozesses und einer abschliessenden Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen erfüllt werden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009).

Um die abschliessenden Verhandlungen in Kopenhagen vorzubereiten, wurden unter der COP zwei Hauptkörperschaften eingerichtet: Einerseits die „Ad Hoc Working Group on Further Commitments for Annex I Parties under the Kyoto Protocol" (AWG-KP), welche sich mit den Emissionsreduktionszielen der Annex I Länder unter dem Kyoto Protokoll in der zweiten Verpflichtungsperiode nach 2012 beschäftigen sollte, und andererseits die „Ad hoc Working Group on Long-term Cooperative Action under the Convention" (AWG-LCA), welche die Aufgabe hatte, einen Verhandlungstext für alle Mitglieder der UNFCCC zu entwickeln. Beide Körperschaften hielten bereits vor der COP 15 diverse Verhandlungen als Vorbereitung für die COP 15 ab, was den Parteien bereits im Vorfeld die Möglichkeit gab, Textvorschläge zu machen. Als Grundlage für den Verhandlungstext in Kopenhagen produzierten die beiden Körperschaften schliesslich eine Serie von sogenannten „Non-Papers", also Arbeitsdokumenten, welche keinen bindenden, formalen oder rechtlichen Status besitzen (Dimitrov, 2010).

2009 fanden zusätzlich diverse weitere Konferenzen statt, welche nicht Teil der COP waren, aber ebenfalls zum Ziel hatten, sich auf COP 15 im kommenden Dezember vorzubereiten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009).

Einen Monat vor Start der COP 21 an einer vorbereitenden Klimakonferenz in Barcelona betonte Yvo de Boer, damaliger Generalsekretär des Sekretariats der UNFCCC, dass in den Vorverhandlungen zur COP 15 Fortschritte erzielt wurden und er zuversichtlich sei, dass in Kopenhagen ein ambitioniertes Abkommen erzielt werden könne (UNFCCC, 2009). Dimitrov (2010) betont jedoch, dass zu diesem Zeitpunkt keine signifikanten Fortschritte in den zentralen Punkten in den Verhandlungen erzielt werden konnten und daher von den meisten Parteien die Idee eines globalen Klimaabkommens bereits im Vorfeld der COP 15 aufgegeben wurde. Insbesondere bezüglich der Themen Mitigation und Finanzierung zeichneten sich deutliche Differenzen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern ab (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009).
Zu guter Letzt erschütterte der „Climategate Skandal" kurz vor der COP 15 den Glauben an die Erderwärmung. Diverse E-Mails zwischen Wissenschaftlern, welche die Klimaerwärmung betrafen, wurden veröffentlicht und es wurde behauptet, dass in diesen die Erwärmung „als Lüge entlarvt" wurde (Staschen, 2009). Später stellten sich diese Anschuldigungen als falsch heraus, doch der Schaden für den Verlauf der Klimaverhandlungen war bereits geschehen (Carrington, 2011).

4.2. Die COP 15

4.2.1. Allgemeiner Ablauf der COP 15

Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen dauerte vom 7. bis am 18. Dezember 2009 und war die 15. Konferenz der Vertragsparteien der UN-Klimarahmenkonvention (COP 15) und die fünfte Konferenz unter dem Kyoto Protokoll (CMP 5). Ziel war es, die Arbeitsstränge der beiden Arbeitsgruppen AWG-LCA und AWG-KP zu beenden. Die Konferenz stellte mit 115 anwesenden Staatsoberhäuptern und geschätzten 40'000 Teilnehmern die bisher grösste Versammlung unter der UNFCCC dar (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009) und Dimitrov (2010) beschrieb die Konferenz als „die höchste Konzentration von robuster Entscheidungsgewalt, die die Welt je gesehen hat". Dies resultierte auch in noch nie gesehener Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009).
Von über 100 Staatsoberhäuptern wurde ein Abkommen gefordert, welches „fair, ehrgeizig, umfassend und langfristig" sein sollte, die „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten" der Länder respektiert und konkrete Handlungen enthält (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449 und No. 454, 2009). Das Abkommen sollte insbesondere die Themen Mitigation, Adaptation, Finanzierung, Technologieübertragung und -entwicklung und Kapazitätsbildung ansprechen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009).

Die Klimakonferenz wurde am 7. Dezember mit einer Willkommenszeremonie eröffnet. Unter anderem riefen Lars Løkke Rasmussen, damaliger Premierminister von Dänemark, Rajendra Pachauri, damaliger Vorsitzender des IPCC und Yvo de Boer, damaliger Generalsekretär der UNFCCC, zu einem ehrgeizigen Abkommen auf und forderten die Parteien auf, ihre Beiträge dafür zu leisten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009).

Anschliessend fanden die Eröffnungsplena der COP, der CMP und der beiden AWGs statt. Bereits nachdem das COP Plenum eröffnet wurde und Connie Hedegaard, dänische Ministerin für Klima und Energie, zur Präsidentin der COP 15 gewählt wurde, wurden erste Einwände bezüglich den Verfahrensregeln laut. Papua Neuguinea protestierte, dass ein Konsens basierend auf dem „kleinsten gemeinsamen Nenner" aufgrund des Ernstes der Klimaverhandlungen „grob fahrlässig" sei und forderte, dass Entscheidungen bereits von einer Zweidrittelmehrheit angenommen werden können sollten. Hedegaard konsultierte daraufhin mit den anderen Parteien, konnte im Verlaufe der Verhandlungen diesbezüglich aber keine Einigung erzielen, woraufhin das Thema fallen gelassen wurde (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009).
Es folgten Eröffnungsreden einzelner Parteien, welche aber insgesamt als „weniger ambitioniert als erwartet" empfunden wurden und die bestehenden Differenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verdeutlichten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009).

Schliesslich starteten die Verhandlungen basierend auf den von den AWGs verfassten „Non-papers", welche aus zweihundert Seiten an Entwurfstexten „mit tausenden von Klammern" bestanden (Keey, 2010). Klammern wurden immer dann gesetzt, wenn noch keine Einigkeit bezüglich dieses Themas erzielt wurde und die Parteien sich noch mehr als eine Option offen halten wollten.
Die AWGs hatten daher in der ersten Konferenzwoche den Auftrag, Entwurfstexte mit „einer limitierten Anzahl klar definierter Optionen" vorzubereiten. Aus diesen Optionen sollten die Landesminister in der zweiten Woche dann die Beste auswählen können (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009). Um dies zu erreichen, richteten Zammit Cutajar, Vorsitzender der AWG-LCA, und John Ashe, Vorsitzender der AWG-KP, themenspezifische Kontaktgruppen ein. In diesen wurde der zu einem Thema vorliegende Entwurfstext Paragraph für Paragraph durchgegangen und die Parteien diskutierten über die verschiedenen Optionen. Ergänzend zur Arbeit in den Kontaktgruppen fanden zudem ständig informelle Konsultationen zwischen den Parteien und der Präsidentschaft statt (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 450, 2009).

Das Durchsickern des sogenannten „Danish Text", eines Entwurftextes für ein Abkommen, verfasst durch die dänische Verhandlungsführung, unterminierte bereits am zweiten Tag deren Glaubwürdigkeit (Diringer, o.J.). Besonders Entwicklungsländer waren über den Inhalt dieses Dokuments erzürnt, da es Industrieländer klar bevorzugte (Vidal, 2009b). Da der der „Danish Text" bereits fertig verfasst zu sein schien, befürchteten die Entwicklungsländer ausserdem, ihr Mitspracherecht zu verlieren, falls die dänische Präsidentschaft einen „Alles oder Nichts"-Text zur Abstimmung vorlegen würde (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 450, 2009).

In der ersten Verhandlungswoche reichte Tuvalu, als Mitglied der Alliance of Small Island States (AOSIS), einen sehr ambitionierten Textvorschlag ein und beantragte, diesen als Verhandlungsgrundlage zu verwenden. Der Vorschlag wurde aber sowohl von der Verhandlungsführung, als auch von vielen anderen Delegierten geflissentlich ignoriert. Dies erboste nicht nur Tuvalu selbst, sondern auch all diejenigen Parteien, welche ein ambitioniertes Klimaabkommen forderten (Dimitrov, 2010).

Die erste Konferenzwoche resultierte in zwei durch die AWGs verfassten und von den Parteien stark kritisierten Entwurfstexten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 453, 2009) und einer angespannten Atmosphäre (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 452, 2009). Ausserdem bestand Uneinigkeit über das weitere Vorgehen und wenig Fortschritt bezüglich Schlüsselthemen konnten verzeichnet werden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 454, 2009).

Zu Beginn der zweiten Verhandlungswoche eskalierten schliesslich die Differenzen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Um die Wahrung ihrer Interessen sicherzustellen, blockierten die „Least Developed Countries" (LDCs), unterstützt durch die mächtige Koalition der G-77+China die Verhandlungen in der AWG-LCA, woraufhin auch die Arbeit der AWG-KP unterbrochen werden musste. COP Präsidentin Hedegaard einigte sich schliesslich in geschlossener Konsultation mit den Parteien darauf, besonders umstrittene Themen in informellen Gesprächen zu diskutieren, welche sowohl von einem Minister eines Industrie- als auch eines Entwicklungslandes geführt werden sollten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 455, 2009).
Am darauffolgenden Tag fand die „Begrüssungszeremonie des hochrangingen Segments" statt. Rasmussen interpretierte die Anwesenheit so vieler Weltführer und hochrangiger Gäste als gutes Zeichen. Hedegaard, etwas zurückhaltender, betonte, dass für die kommenden Tage „Kompromiss" das Schlüsselwort sei und es dem Prozess nicht zuträglich sei, wenn die Parteien wiederholt ihre unveränderte Position bekannt gäben (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 456, 2009).
In anschliessenden Plenarsitzungen versuchten die beiden AWGs ihre Arbeit abzuschliessen und zu entscheiden, was der COP weitergeleitet werden sollte. Der Vorsitzende der AWG-LCA bemerkte, dass derart viele Änderungswünsche bestehen, dass es nicht möglich sein würde, rechtzeitig einen Text für das COP Plenum zu verfassen und schlug vor, die gesamten Resultate als „unvollendetes Geschäft" weiterzuleiten. Dieser Vorschlag wurde von den Parteien angenommen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 456, 2009). In der AWG-KP bestanden ebenfalls nach wie vor grosse Differenzen und auch sie übergab der COP schliesslich einen Text, welcher sich nicht eignete, um von den Staatsoberhäuptern als Verhandlungsgrundlage verwendet zu werden (Dimitrov, 2010).
Während der Abschlussplena der AWGs kritisierten ausserdem viele Parteien die bisher mangelnde Prozesstransparenz und beklagten sich darüber, dass es schwierig sei, den Überblick über die einzelnen Verhandlungsstränge zu behalten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 456, 2009).

Am Mittwoch sorgte das Rücktrittsschreiben von COP Präsidentin Connie Hedegaard für Aufregung. Der in der protokollarischen Rangordnung höher stehende Premierminister Rasmussen übernahm die Präsidentschaft mit der Begründung, dass dies aufgrund der Anwesenheit derart vieler Staatsoberhäupter „angemessen" sei (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 457, 2009).
Am nächsten Tag erklärte Rasmussen, dass die weitergeleiteten Texte der AWGs als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dienen würden, auch wenn diese allgemein als „unbrauchbar" betrachtet wurden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009). Die daraufhin nur schleppend fortschreitenden Verhandlungen, die zahlreichen Nachtsitzungen und langen Wartezeiten innerhalb der Verhandlungen führten schliesslich zu vielen müden und genervten Delegierten, was die allgemeine Stimmung weiter sinken liess (Hofstetter, 2016).

Gegen Ende der zweiten Verhandlungswoche wurde schliesslich klar, dass kein Abkommen erzielt werden würde, sollte man die Verhandlungen weiterführen wie bisher (Dimitrov, 2010).
Die EU schlug daraufhin vor, eine „Friends of the Chair"-Gruppe einzurichten, um die Verhandlungen voranzutreiben (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 458, 2009). Der Vorschlag wurde zwar von der EU geäussert, doch die dänische Verhandlungsführung hatte ihn entwickelt. Die Gruppe sollte sich aus einer repräsentativen Auswahl von Ländern zusammensetzen, wobei alle wichtigen Regionen und Interessen vertreten sein sollten. Besonders den Entwicklungsländern widerstrebte dieser Vorschlag, da diese einen demokratischen und transparenten Prozess gefährdet sahen und befürchteten, dass es dadurch einigen grossen, mächtigen Ländern ermöglicht wird, den kleineren Ländern ihre Entscheidungen aufzuzwingen (Dimitrov, 2010).
Schliesslich wurde die „Friends of the Chair"-Gruppe, bestehend aus 25 Ländern, unter anderem den USA, Saudi Arabien, Indien und China, trotz Widerstand gebildet. Reguläre Verhandlungen kamen praktisch zum Stillstand und Delegierte, welche nicht in der Gruppe vertreten waren, hatten so gut wie keine Informationen, wie die Verhandlungen fortschritten (Dimitrov, 2010).

Am Morgen des 18. Dezembers wurde schliesslich im Abschlussplenum der COP die Kopenhagener Vereinbarung durch Rasmussen zur Abstimmung vorgelegt. Diese wurde von den Parteien abgelehnt und lediglich „zur Kenntnis genommen" (siehe Abschnitt 2.1) (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009).

Doch nicht nur der Verlauf der Verhandlungen, sondern auch die Organisation der COP 15 hätte besser sein können. Ein unerwartet grosser Menschenandrang führte zu einem überfüllten Bella Konferenzzentrum, wo die COP 15 stattfand. Lange Wartezeiten für den Einlass, überfüllte Räume und entsprechend genervte Teilnehmer waren die Folge (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 455, 2009). Ausserdem mussten die Sicherheitsmassnahmen verschärft werden, was wiederum unerwünschte Nebeneffekte hatte. Dem chinesischen Umweltminister wurde zum Beispiel der Zutritt ins Bella Zentrum aufgrund eines falsch ausgestellten Konferenzpasses für zwei Tage nicht gestattet (Dimitrov, 2010), was zu einer verärgerten chinesischen Delegation führte (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 451, 2009). Auch ausserhalb des Bella Zentrums stieg die Spannung im Verlaufe der Konferenz merklich an, was sich in gewaltsamen Auseinandersetzungen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 457, 2009) und nicht genehmigten Demonstrationen äusserte (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 451, 2009).

4.2.2. Verlauf der COP 15 bezüglich ausgewählter Themengebiete

4.2.2.1. Eines oder zwei Abkommen?

Während den gesamten Verhandlungen in Kopenhagen konnten sich die Parteien nicht einigen, ob die Konferenz eines oder zwei Abkommen hervorbringen sollte. Die meisten Industrieländer forderten „ein einziges globales Abkommen, welches alle grossen Emitter in Industrie- und Entwicklungsländern verpflichtet". Die Entwicklungsländer hingegen forderten, dass sowohl die AWG-KP als auch die AWG-LCA ein Abkommen produzieren sollten und weigerten sich, in der AWG-LCA über ein globales Abkommen, wie es von den Industrieländern vorgeschlagen wurde, zu verhandeln, bevor die zweite Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto Protokoll von der AWG-KP nicht neu verhandelt wurde und die Annex I Länder sich zu weiteren Massnahmen verpflichtet hatten (Dimitrov, 2010).

Bereits am zweiten Tag der Konferenz blockierten die Differenzen diesbezüglich die Verhandlungen. Die Entwicklungsländer stellten ein Ultimatum: Es sollte entweder ein „Kyoto 2“ verhandelt werden oder gar nichts würde geschehen. Viele Industrieländer stellten sich komplett gegen den Vorschlag und andere, wie zum Beispiel die EU, zeigten sich bereit, über ein „Kyoto 2“ zu sprechen, aber nur unter der Bedingung, dass auch Länder wie die USA, China und Indien miteinbezogen werden würden (Dimitrov, 2010).

Dimitrov (2010) erklärt die grossen Spannungen folgendermassen: Die beiden Körperschaften AWG-LCA, welche ein globales Abkommen verhandeln sollte, das alle Parteien in die Pflicht nimmt, und die AWG-KP, welche die Emissionsreduktionsverpflichtungen für Annex I Länder unter dem Kyoto Protokoll nach 2012 verhandeln sollte, sind zwar legal separiert, politisch jedoch stark miteinander verknüpft. Keine der beiden Arbeitsgruppen wollte ihre Arbeit vor der anderen beenden. Die Annex I Länder wollten ihre Beiträge in der AWG-KP nicht definitiv machen, bevor sie eine Garantie hatten, dass auch die übrigen Länder ihren Beitrag leisten würden, und die Entwicklungsländer wollten sich zu keinem globalen Abkommen in der AWG-LCA verpflichten, bevor die Industrieländer in der AWG-KP ihre Beiträge definitiv gemacht hatten (Vladu, 2016).
Würde man folglich die Verhandlungen in zwei Abkommen enden lassen, müssten sich zuerst die Industrieländer in einem „Kyoto 2“ verpflichten und erst danach müssten die Entwicklungsländer in einem globalen Abkommen ebenfalls ihre Beiträge zusichern. Würde man jedoch nur ein einziges Abkommen verhandeln, so wie es die Industrieländer forderten, müssten sich alle Parteien gleichzeitig verpflichten, was den Entwicklungsländern widerstrebte (Dimitrov, 2010).
Als schliesslich Rasmussen einen Tag nach seiner überraschenden Übernahme der COP Präsidentschaft die Parteien vor vollendete Tatsachen stellte und erklärte, dass die Verhandlungen in zwei Dokumenten enden würden, fühlten sich folglich viele Industrieländer übergangen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 458, 2009). Aber auch Delegierte der Entwicklungsländer waren erzürnt darüber, da diese durch Rasmussens alleinige Entscheidung ihre „transparenten und demokratischen“ Anstrengungen, Verhandlungstexte unter der AWG-KP und der AWG-LCA zu entwickeln, unterminiert sahen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009).

4.2.2.2. Mitigation

Die grösste Uneinigkeit zwischen den Parteien bezüglich Mitigation bestand darin, ob man die Temperaturerhöhung durch den Klimawandel auf 1.5 oder 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzen sollte.
Die meisten Entwicklungsländer plädierten für eine Begrenzung der Temperaturerhöhung auf 1.5°C. Insbesondere Länder, wie zum Beispiel Tuvalu, welche durch den Meeresspiegelanstieg in ihrer Existenz bedroht werden, und andere durch den Klimawandel besonders gefährdete Länder, forderten dies ausdrücklich (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009). Alle Industrieländer und die Entwicklungsländer China, Indien und Brasilien hingegen befürworteten eine Begrenzung der Temperaturerhöhung auf 2°C (Dimitrov, 2010).
In der AWG-KP wurde ausserdem heftig über konkrete Emissionsreduktionsziele für die Annex I Länder diskutiert. Entwicklungsländer kritisierten, dass die Verpflichtungen der Industrieländer nicht mit den von der Wissenschaft geforderten Emissionsreduktionen für ein Begrenzen der Temperaturerhöhung auf 1.5 oder 2°C vereinbar sind und forderten, dass diese ihre geplanten Massnahmen entsprechend anpassen sollten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009).

Industrieländer zeigten sich grösstenteils damit einverstanden, dass sie selbst konkrete Reduktionsziele nennen sollten, forderten aber von den Entwicklungsländern im Gegenzug, dass diese gemäss „ihrer Verantwortung und ihren Kapazitäten" ebenfalls angemessene Massnahmen durchführen. Die Entwicklungsländer, gestützt durch die mächtige Koalition der G-77+China, zeigten sich jedoch nicht bereit, sich selbst zu Massnahmen zu verpflichten und stritten ihre Verantwortung diesbezüglich ab, indem sie immer wieder auf die „historische Verantwortung" der Industrieländer verwiesen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009).
In der Kopenhagener Vereinbarung wurde schliesslich eine Begrenzung der Temperaturerhöhung auf 2°C implementiert, dies jedoch ohne die Zustimmung vieler Länder (siehe Abschnitt 2.1).

4.2.2.3. Transparenz

Die USA erwähnten bereits bei ihrem Eröffnungsstatement die Wichtigkeit regelmässiger Berichterstattung und internationaler Überprüfung aller getroffenen Massnahmen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009). Die EU und andere westliche Länder waren damit einverstanden, dass die Entwicklungsländer freiwillige Beiträge leisten sollten, forderten im Gegenzug aber, dass diese durch einen internationalen und unabhängigen Mechanismus „gemessen, berichtet und überprüft" (MRV) werden sollten, um Transparenz zu gewährleisten. China und Indien stellten sich diesen Bedingungen jedoch entgegen (Dimitrov, 2010). Hofstetter (2016) begründet dies damit, dass die Differenzen stellvertretend für ein „Top-down"-System waren. Die eigentliche Diskussion drehte sich folglich darum, ob die Massnahmen, welche gegen die Klimaerwärmung getroffen werden mussten, von einer übergeordneten Instanz diktiert werden sollten, oder, ob jedes Land seinen eigenen Beitrag bestimmen konnte. Würde ein MRV-Mechanismus existieren, so würde eine obere Instanz beurteilen, ob die von einem Land getroffenen Massnahmen ausreichend sind, was damit gleichgesetzt wurde, dass eine obere Instanz festlegt, wieviel ein Land beitragen sollte. Ausserdem würde ein solcher Mechanismus Vergleiche der Beiträge einzelner Länder ermöglichen, was aufgrund der in Kapitel 3 beschriebenen Gründe ebenfalls teilweise unerwünscht war (Bretschger, 2016).

China zeigte sich im Verlaufe der Verhandlungen nicht bereit, in diesem Punkt Zugeständnisse zu machen. Für die USA stellte dies jedoch eine wichtige Bedingung dar, damit sie selbst einem Abkommen zustimmen würden, da sie sicherstellen wollten, dass auch China, einer der weltweit grössten Treibhausgasemitter, einen Beitrag leisten müsste. Diese Differenzen konnten während der Konferenz nicht beigelegt werden und die Situation endete schliesslich in einer Sackgasse für die Verhandlungen zwischen China und den USA. Dies verhinderte nicht nur ein Fortschreiten der Verhandlungen zu diesem Thema, sondern auch zu anderen Themen, da die USA und China zwei der wichtigsten Verhandlungsparteien darstellten (Broder und Kanter, 2009).

4.2.3. Analyse des Ablaufs der COP 15

Die Klimaverhandlungen in Kopenhagen starteten bereits unter schwierigen Voraussetzungen. Laut Dimitrov (2010) wurden im Vorfeld wenige Zugeständnisse in den wichtigen Verhandlungspunkten erreicht und die Positionen der Industrie- und Entwicklungsländer wiesen deutliche Differenzen auf. Ausserdem zeigten sich die USA und China, welchen eine Schlüsselposition in den Verhandlungen zugesprochen wurde, nur begrenzt motiviert, ein ambitioniertes Abkommen zu erzielen (Neilson, 2010). Die USA deutete sogar bereits im Voraus an, nur ein „politisches" und kein rechtlich bindendes Abkommen anzustreben (Diringer, o.J.). Dass zwei der wichtigsten Mitspieler in den

Klimaverhandlungen scheinbar kein ambitioniertes Abkommen erreichen wollten, wirkte sich auch bedeutend auf die Ambitionen kleinerer Mitspieler aus (Neilson, 2010).
Die Meinungen, ob man die Konferenz besser hätte vorbereiten können, divergieren: Bretschger (2016) und Fry (2016) sind der Meinung, dass die Verhandlungsführung bereits im Vorfeld die Positionen der Parteien besser hätte abklären müssen und mögliche Kompromisse hätte diskutieren sollen. Hofstetter (2016) betont insbesondere, dass sie mehr darin hätte investieren sollen, die Positionen der USA und China einander anzunähern. Fischlin (2016) dementiert diese Anschuldigungen jedoch. Er denkt, dass sich die Verhandlungsführung gut auf Kopenhagen vorbereitet hat, ihr dabei aber noch die Erfahrung fehlte, wie man dabei am besten vorgehen sollte.
Ausserdem stärkte der „Climategate Skandal" kurz vor Konferenzbeginn den Einfluss derjenigen Parteien, welchen ein ambitioniertes Abkommen widerstrebte. Mitglieder des US-Senats und Delegierte Saudi Arabiens lehnten darauf basierend weitgehende Beschlüsse in den Verhandlungen ab und begründeten dies damit, dass zuerst abgeklärt werden müsse, ob die Klimaerwärmung tatsächlich stattfinde und ob menschliche Aktivitäten überhaupt die Ursache dafür wären (Staschen, 2009).
Dass zu Beginn der Konferenz kein formaler Verhandlungstext existierte und nur viel zu lange und unübersichtliche „Non-papers" die Verhandlungsgrundlage bildeten, erschwerte einen effizienten Verhandlungsstart zusätzlich (Keey, 2010).

Gleich zu Beginn der Konferenz wurde dann durch das Durchsickern des „Danish Text" das Vertrauen in die Präsidentschaft bedeutend geschwächt. Durch diesen Zwischenfall wurde klar, dass die dänische Verhandlungsführung ihren eigenen Plan verfolgte: Die eigentlichen Entwurfstexte der AWGs sollten sich in den Verhandlungen so stark verkomplizieren, bis sie für die Verhandlungen unbrauchbar wären und die Verhandlungsführung daraufhin den Parteien ihren eigenen Text vorlegen könnte. Dieser Plan und die intransparente Arbeitsweise der Verhandlungsführung erzürnte viele Delegierte und besonders Entwicklungsländer befürchteten aufgrund des Inhalts des Textes, dass sie übergangen werden würden (Bretschger, 2016). Durch diesen Vorfall wurde bereits zu Beginn der Konferenz eine Stimmung des Misstrauens gesät und der Graben zwischen Entwicklungs- und Industrieländern tat sich noch weiter auf. Ausserdem verlor die Verhandlungsführung ihre Glaubwürdigkeit und ihre Position als neutraler Ansprechpartner, was essentielle Eigenschaften sind, um erfolgreich Verhandlungen führen zu können (Bretschger, 2016).

Weiterhin erzürnte die Verhandlungsführung viele Parteien, indem sie nicht alle Parteien gleichermassen in die Verhandlungen miteinbezog. Tuvalus Textvorschläge ignorierte sie mehrmals (Fry, 2016) und auch Mitgliedern der „Bolivarian Alliance for the Peoples of our America" (ALBA), welche allgemein als schwierige Verhandlungspartner bekannt sind, und deren Forderungen schenkte sie insgesamt nicht genügend Beachtung. Verständlicherweise zeigten sich diese Parteien daraufhin in den Verhandlungen relativ unkooperativ (Perrez, 2016).
Aufgrund dieser Faktoren schritten die Verhandlungen nur schleichend voran und am Ende der ersten Woche konnten keine bedeutenden Fortschritte verzeichnet werden. Insbesondere ein sauberer Entwurfstext wäre von grosser Bedeutung gewesen, um in der zweiten Woche die besonders heiklen Differenzen lösen zu können (Dimitrov, 2010).

Trotz den bereits beschriebenen Gegebenheiten besass COP Präsidentin Connie Hedegaard eine „grosse Glaubwürdigkeit“ bei den Parteien (Perrez, 2016). Als diese schliesslich in der zweiten Woche ihren Rücktritt bekannt gab und Dänemarks Premierminister Rasmussen ihr Amt übernahm, verminderte dies das ohnehin schon bröckelnde Vertrauen in die Verhandlungsführung weiter. Rasmussen war denkbar ungeeignet für diese Aufgabe. Er besass kein Vertrauen bei den Parteien (Hofstetter, 2016) und hat laut Fischlin (2016) öfters Teilnehmer der Konferenz brüskiert. Als er schliesslich die Parteien vor vollendete Tatsachen stellte und erklärte, dass die Verhandlungen in zwei Dokumenten enden würden, verstärkte dies den Zorn auf seine Person weiter (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 458, 2009). Mit diesem Vorgehen hat es die Verhandlungsführung nicht geschafft, den Parteien eine kompetente und neutrale Vertrauensperson zu Seite zu stellen, was ohne Zweifel dazu beigetragen hätte, die Parteien von ihren verhärteten Positionen wegzubewegen und Kompromisse bilden zu können. Die mittlerweile schlechte Stimmung der Delegierten trug laut Hofstetter (2016) ebenfalls zu ineffizienten Verhandlungen und einer kompromissloseren Haltung der Delegierten bei.
Während den gesamten Verhandlungen herrschten ausserdem Bedenken bezüglich Prozesstransparenz und insbesondere der Verhandlungsführung wurde eine „intransparente und undemokratische Arbeitsweise“ vorgeworfen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009). Als die Verhandlungsführung schliesslich die Einrichtung einer „Friends of the Chair“ Gruppe initiierte, stellte diese dadurch eines der UN-Prinzipien, die Demokratie, weiter in Frage. Laut Dimitrov (2010) gab diese Handlung dem „pragmatischen Bedürfnis“ nach, das Problem zu lösen und ignorierte die UN-Vorgehensweise, dass alle Parteien gleichberechtigt in einen Prozess miteinbezogen werden sollten. Diese Vorgehensweise dient unter anderem dazu, sicherzustellen, dass ein Abkommen schlussendlich von allen Parteien akzeptiert wird. In Kopenhagen konnte daher keine allgemeine Akzeptanz der Kopenhagener Vereinbarung erreicht werden und insbesondere diejenigen Parteien, welche gegen Ende aus den Verhandlungen ausgeschlossen wurden, sprachen sich gegen das Abkommen aus (Dimitrov, 2010).
Die mangelhafte Organisation der gesamten Konferenz erschwerte effiziente Verhandlungen zusätzlich. Des Öfteren wurde von den Delegierten bemängelt, dass es sehr schwierig sei, den Überblick über die einzelnen Verhandlungsstränge zu behalten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 456, 2009) und viele Delegierte fanden sich daher unterschiedlich über den aktuellen Stand der Verhandlungen informiert (Hofstetter, 2016). Die langen Wartezeiten in den Sitzungen liessen ausserdem auf eine Überforderung der Präsidentschaft und des Sekretariats schliessen (Hofstetter, 2016). Die Verhandlungsführung und das Sekretariat der UNFCCC schafften es nicht, effizient zusammenzuarbeiten und waren sich immer wieder uneinig über das weitere Vorgehen. Eine klare Organisation des Konferenzablaufs und eine zuverlässige Informationsquelle für die Delegierten wären jedoch wichtige Grundlagen für effiziente Verhandlungen gewesen (Perrez, 2016).

4.3. Vor der COP 21

Nach der COP 15 folgte ein Jahr später die COP 16 in Cancun. Bei dieser Konferenz hat schaffte man es, die Klimaverhandlungen wieder zurück auf den richtigen Weg zu bringen und die „Fehler“ aus Kopenhagen zu korrigieren (Vladu, 2016). Ausserdem konnten die Parteien sich unter anderem darauf einigen, die durch den Klimawandel verursachte Temperaturerhöhung auf 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen (UNFCCC, 2014c). Hofstetter (2016) glaubt, dass in Cancun die Maximallösung dessen erreicht wurde, was man in Kopenhagen bei einem reibungslosen Ablauf hätte erreichen können.

2011 an der COP 17 in Durban wurde schliesslich die „Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action“ (ADP) mit dem Mandat gegründet, „ein Protokoll zu entwickeln, ein weiteres Rechtsinstrument oder ein vereinbartes Ergebnis mit Rechtskraft unter der Konvention gültig für alle Parteien“. An der COP 21 in Paris sollte ein solches Abkommen dann von den Parteien verabschiedet werden. Vorbereitend dazu wurden alle Parteien von der dortigen Verhandlungsführung aufgefordert, ihre INDCs zu verfassen und diese im Vorfeld der COP 21 dem UNFCCC Sekretariat zu kommunizieren.
2014 an der COP 20 setzte der „Lima Call for Climate Action“ schliesslich einen offiziellen Start für die Verhandlungen. Ergänzend dazu wurden durch die ADP bereits Elemente eines Entwurfs-Verhandlungstexts ausgearbeitet, welcher als Basis für die Verhandlungen im Vorfeld der COP 21 dienen sollte (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 652, 2015). Ausserdem versprach die Verhandlungsführung der COP 20 gemeinsam mit Laurent Fabius, dem zukünftigen COP 21 Präsidenten, eine „Bottom-up“-Vorgehensweise zu verfolgen, was bedeutet, dass die Parteien selbst alle Beiträge und Ziele festschreiben sollten, welche in einem Abkommen stehen würden, und keine obere Instanz etwas vorschreiben würde. Dadurch sollten alle Parteien in die Verhandlungen miteinbezogen werden und jeder Partei ein Mitspracherecht zugestanden werden (Vladu, 2016). Um in den einzelnen Themenbereichen besser vorbereitet zu sein, bildete die Verhandlungsführung ausserdem diverse Strategiegruppen, welche die Positionen der einzelnen Länder und daraus resultierende bestehende Differenzen zu einem bestimmten Thema im Vorfeld abklären und mögliche Kompromisse einleiten sollten (Hofstetter, 2016). Ausserdem organisierte Fabius diverse inoffizielle Treffen, um die Anliegen aller Länder bereits vor Beginn der Konferenz abzuholen und reiste im Jahr vor der COP 21 von Land zu Land, um allen Parteien die nötige Beachtung zu schenken (Perrez, 2016).
Bereits im Vorfeld zeichnete sich so ein breiter Konsens bezüglich einiger Punkte ab. Unter anderem war man sich mehr oder weniger einig darüber, dass jedes Land periodisch NDCs einreichen sollte, welche durch einen internationalen Mechanismus überprüft werden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 652, 2015). Es bestand aber auch weiterhin in vielen Punkten Uneinigkeit. Eines der umstrittensten Themen war nach wie vor, ob die Temperaturerhöhung auf 1.5 oder 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzt werden sollte (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 652, 2015).
Im Vergleich zu Kopenhagen war man sich in Paris aufgrund der guten Abklärung aller Länderpositionen und der Tatsache, dass viele Parteien bereits im Voraus ihre INDCs eingereicht hatten (Hofstetter, 2016) sicherer, dass die einzelnen Parteien bereit waren, ein rechtsverbindliches Abkommen zu erreichen (Fry, 2016).

4.4. Die COP 21

4.4.1. Allgemeiner Ablauf der COP 21

Die UN-Klimakonferenz in Paris dauerte vom 29. November bis am 11. Dezember 2015 und stellte unter anderem das 21. Treffen der COP und das 11. Treffen der CMP dar. 196 Parteien waren vertreten und die Konferenz hatte insgesamt 36'000 Teilnehmer. Ziel der Konferenz war es, das in Abschnitt 4.3 erwähnte Mandat der ADP zu erfüllen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015).

Um bereits vor dem Start der eigentlichen Verhandlungen technische Details zu klären, hielt die französische Verhandlungsführung das ADP Eröffnungsplenum bereits am Sonntag, einen Tag vor offiziellem Verhandlungsstart, ab. Der Präsident der COP 21, Laurent Fabius, Aussenminister Frankreichs, eröffnete gemeinsam mit dem Präsidenten der COP 20 in Lima, Manuel Pulgar-Vidal, die Konferenz. Die beiden motivierten die anwesenden Delegierten, ein Abkommen zu erreichen und erklärten, dass sie während den gesamten Verhandlungen zusammenarbeiten würden. Die Verhandlungen sollten in themenspezifischen Spin-off Gruppen und „Kontaktgruppen mit offenem Teilnehmerkreis" stattfinden. Die Spin-off Gruppen würden direkt an den einzelnen Artikeln des Entwurfstextes arbeiten, während die Kontaktgruppen auch übergreifende Themen, welche nicht unmittelbar mit dem Inhalt des Abkommen verknüpft waren, bearbeiten würden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 652, 2015).

Am Montag folgte das Eröffnungsplenum der COP 21 und Laurent Fabius erläuterte den Ablauf der Konferenz. Ziel der ersten Konferenzwoche war es, in den Verhandlungen so weit fortzuschreiten, dass in der zweiten Woche nur noch einige wenige Punkte durch die Minister besprochen werden müssten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 653, 2015).
Ausserdem wurde der „Leaders Event" durchgeführt, wobei sich 150 Staatsoberhäupter versammelten und ihre Positionen und Wünsche bekundeten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015).
Insgesamt herrschte zu Beginn der Konferenz eine „erhebende" Stimmung, doch die Angst, dass alles wieder so enden könnte wie in Kopenhagen, war allgegenwärtig. Ein skeptischer Delegierter bekundete, dass die Rede von US Präsident Obama, welche sehr positiv aufgefasst wurde, noch nichts bedeute, da diese sich bereits in Kopenhagen ähnlich anhörte (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 653, 2015). Ausserdem wurde einer etwas verspäteten Delegierten Venezuelas der Eintritt in den Saal verwehrt, woraufhin diese sich erzürnt beklagte, dass es „wieder genau wie in Kopenhagen" sein würde (Dayer, 2016).
Am nächsten Tag wurden dann zum ersten Mal die einzelnen Kontaktgruppen einberufen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 654, 2015). Die Entwurfstexte wurden Paragraph für Paragraph durchgearbeitet und jede Partei konnte jederzeit Einspruch erheben (Bretschger, 2016). Geführt wurden die einzelnen Gruppen durch ausgewählte Delegierte verschiedener Länder. Diese bereiteten für die Sitzungen die jeweiligen Texte vor, hörten sich während der Sitzungen die Kommentare der einzelnen Parteien an und überarbeiteten den Text bis zur nächsten Sitzung entsprechend (Perrez, 2016). Man traf sich entweder solange, bis ein „absolut klinischer Text" vorlag, welcher in die Gesamtabstimmung konnte, oder man sich eingestehen musste, dass zu diesem Thema kein Konsens gefunden werden konnte und man den Verhandlungsstrang beenden musste. Ergänzend zu den Verhandlungen innerhalb der einzelnen Gruppen standen die ADP Co-Vorsitzenden den Delegierten beratend zur Seite und diverse inoffizielle Treffen wurden abgehalten, in welchen die Delegierten miteinander diskutierten (Bretschger, 2016).
Am Donnerstagnachmittag stellten die Co-Vorsitzenden schliesslich einen ersten überarbeiteten Textvorschlag vor. Aufgrund der wenigen substantiellen Fortschritte erregte dieser jedoch eher die Besorgnis der Delegierten. Die Parteien beschlossen daraufhin, dass die Co-Vorsitzenden einen aktuellen Entwurfstext mit klaren Entscheidungsoptionen und einen zusätzlichen Text mit Überbrückungsvorschlägen vorbereiten sollten. Diese beiden Texte wurden schliesslich am Freitag in den Kontaktgruppen vorgelegt, woraufhin sich die Parteien bereit erklärten, mit dem „Text mit Überbrückungsvorschlägen" weiterzuarbeiten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 657, 2015).

Am letzten Verhandlungstag der ersten Woche wurde schliesslich das Schlussplenum der ADP abgehalten und die Co-Vorsitzenden präsentierten die vorläufigen Entwurfstexte. Co-Vorsitzender Daniel Reifsnyder stellte erfreut fest, dass in den letzten Tagen bedeutende Fortschritte erzielt wurden, die Positionen der einzelnen Parteien einander anzunähern, und Laurence Tubiana, Mitglied der französischen Präsidentschaft, versicherte den Parteien, dass alle weiteren Verhandlungen auf Basis dieser Texte geschehen würden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 658, 2015). Die Arbeit der ADP wurde daraufhin der COP übergeben und die Präsidentschaft setzte sich mit den Moderatoren der einzelnen Verhandlungsgruppen zusammen, um die noch zu lösenden Punkte zu besprechen. Die Moderatoren standen aber auch noch während der zweiten Konferenzwoche der Verhandlungsführung beratend zur Seite, da diese die einzelnen Themenbereiche und die Positionen aller Länder sehr gut kannten (Perrez, 2016).

Anschliessend legte Präsident Fabius im COP Plenum die Arbeitsweise für die zweite Verhandlungswoche fest. Die weiteren Verhandlungen sollten hauptsächlich im „Comité de Paris" unter dem Vorsitz des COP Präsidenten geführt werden. Ausserdem sollte unter den folgenden drei Prinzipien gearbeitet werden: „Nichts ist vereinbart, bis alles vereinbart ist" („Nothing is agreed, until everything is agreed"), „Transparenz" und „Einbezug aller Parteien" (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015). Insgesamt herrschte gegen Ende der ersten Woche eine „unerwartet harmonische Stimmung" und bisher konnten die Fehler Kopenhagens wie ungenügende Prozesstransparenz oder eine unübersichtliche Organisation erfolgreich verhindert werden. Einige Delegierte befürchteten aber nach wie vor, dass sich dies in der zweiten Woche ändern könnte und die Verhandlungen wieder hinter verschlossenen Türen enden würden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 658, 2015).

Die zweite Woche wurde mit einer „High Level Segment COP" gestartet. Laurent Fabius begrüsste die neu angekommenen Minister und rief diese dazu auf, Entscheidungen zu fällen, um „ein universelles Abkommen" zu erreichen. Ebenfalls führte er sogenannte „Indabas" ein. In diesen Treffen sollten Minister die Möglichkeit bekommen, informell Konsultationen abzuhalten und ihre Meinungen offen kundzutun.
Trotz der Fortschritte in der ersten Woche waren noch immer rund 800 Klammern in den Entwurfstexten aufzulösen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 659, 2015). Daher wurde am folgenden Tag in diversen Konsultationen fleissig weiterverhandelt (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 660, 2015) und am Mittwoch konnte ein Entwurfstext präsentiert werden, welcher drei Viertel weniger Klammern enthielt.
Die bereits klaren Abschnitte des Abkommens konnten anschliessend an Rechts- und Sprachexperten zur Überprüfung weitergeleitet werden. Die noch verbliebenen Klammern spiegelten jedoch die am schwierigsten zu lösenden Differenzen wieder und in verschiedenen Indabas versuchten die Delegierten gemeinsam mit der Verhandlungsführung bis in die frühen Morgenstunden hinein noch möglichst viele davon zu beseitigen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 661, 2015).
Am nächsten Tag berichtete Fabius über die Fortschritte der Indabas und präsentierte einen weiteren überarbeiteten Entwurfstext. Ausserdem wurde eine „Indaba der Lösungen" („Indaba of solutions") einberufen, welche sich besonders der Kompromissfindung widmete und in welcher die letzten verbleibenden Differenzen beseitigt werden sollten. Tauchte an einem bestimmten Punkt Uneinigkeit auf, würde der Moderator der Gruppe die interessierten Delegationsleiter einladen, sich „in einer Ecke" zu treffen und innerhalb von 30-40 Minuten mit einem Kompromiss zurückzukehren (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 662, 2015).

Am Freitag folgten nochmals intensivste Verhandlungen und am Samstag konnte schliesslich der definitive Text präsentiert werden, worauf den Parteien bis zum Abend Zeit gegeben wurde, sich darüber zu beraten. Ein einzelnes Wort im Abkommen, ein „shall" anstelle eines „should", was laut Perrez (2016) bisher so nicht im Abkommen stand, führte dazu, dass US Präsident Barack Obama das Abkommen nicht mehr alleine hätte ratifizieren können, sondern es dem Kongress hätte vorlegen müssen. Dies hätte effektiv bedeutet, dass die USA den Klimavertrag nicht hätte ratifizieren können. Eine schnelle Lösung für das Problem war nötig, um ein Scheitern des Abkommens zu verhindern. Schliesslich setzte das Sekretariat erneut ein „should" ein und die Verhandlungsführung deklarierte die ganze Sache als „Tippfehler". Dieser Trick ermöglichte es, das Wort ohne weitere Konsultation mit den Parteien zu ändern, da dies ohne Zweifel wieder zu weiteren Diskussionen geführt hätte, was man unter allen Umständen vermeiden wollte (Perrez, 2016).
Als das Pariser Abkommen schliesslich angenommen wurde, lobten viele Parteien das Abkommen selbst, aber auch die ausserordentlich gute Arbeit der Präsidentschaft und der Verhandlungsführung (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015).

4.4.2. Verlauf der COP 21 bezüglich ausgewählter Themengebiete

4.4.2.1. Loss and Damage

Viele Entwicklungsländer, insbesondere „Small Island Developing States" (SIDS) und LDCs, forderten als Ergänzung zu den Adaptations- und Mitigationsmechanismen einen „Verlust und Schaden"-Mechanismus („Loss and Damage"), welcher es besonders gefährdeten Ländern erlaubt, finanzielle Verluste durch die Klimaerwärmung anzusprechen (Climate Focus, 2015). Besonders Tuvalu plädierte für die Einrichtung eines derartigen Mechanismus, welcher eine Haftbarkeit der Verursacher miteinbeziehen und den betroffenen Ländern eine finanzielle Kompensation für die entstandenen Schäden garantieren sollte (Paul, 2015). Alle Industrie- und einige Entwicklungsländer, unter anderem China, waren jedoch dagegen (Perrez, 2016). Diese fürchteten sich davor, für allfällige Schäden haftbar gemacht zu werden (Climate Focus, 2015). Ein Kompromiss zwischen der USA und dem Präsidenten der SIDS führte schliesslich zur Lösung dieses Konfliktes. Die SIDS Länder akzeptierten, dass diese ihre Haftbarkeits- und Kompensationsansprüche fallen lassen mussten und im Gegenzug zeigte sich die USA bereit, eine Temperaturbegrenzung auf 1.5°C zu besprechen (Dayer, 2016). Der „Verlust und Schaden"-Mechanismus wurde somit im Pariser Abkommen erwähnt, es wurde aber explizit jegliche Haftbarkeit oder Kompensation ausgeschlossen (§52, United Nations, 2016a).

4.4.2.2. Mitigation

Wie bereits 2009 in Kopenhagen war man sich darüber uneinig, ob man die durch die Klimaerwärmung verursachte Temperaturerhöhung auf 1.5 oder 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzen wollte. Die Entwicklungsländer, insbesondere die SIDS und LDCs, forderten nach wie vor eine Begrenzung auf 1.5°C, während Industrieländer sich auf die Beschlüsse in Cancun stützten und eine Begrenzung auf 2°C bevorzugten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015). Im Verlaufe der zweiten Verhandlungswoche nahmen die Verhandlungen diesbezüglich eine unerwartete Wendung. Am 4. Dezember erschien der von wissenschaftlichen Experten verfasste Structured Expert Dialogue (SED) Bericht (siehe Infobox 3), welcher die Haltung stark kritisierte, dass man bis zu einer Erwärmung von 2°C eine Art „tolerierbaren Klimawandel" erleben würde (Fischlin, 2016). Ausserdem zeigte sich die USA nach einem mit den SIDS geschlossenen Kompromiss (siehe Unterkapitel 4.4.2.1) bereit, eine Begrenzung auf 1.5°C in Erwägung zu ziehen (Dayer, 2016). Aufgrund dieser Entwicklungen gaben schliesslich

die meisten Entwicklungs- und Industrieländer ihr Einverständnis, eine Referenz bezüglich 1.5°C einzubauen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 659, 2015), was schliesslich tatsächlich im Pariser Abkommen implementiert werden konnte (Art. 2(1a), United Nations, 2016a). Wie bereits bei der „Verlust und Schaden"-Diskussion führte schliesslich ein Kompromiss zur Lösung, auch wenn diese einigen Ländern, wie zum Beispiel Tuvalu, eher zu schwach war (Fry, 2016).

4.4.2.3. Differenzierung

Eine weitere Kernfrage in den Verhandlungen war, ob Industrie- und Entwicklungsländer dieselben Verpflichtungen haben sollten, beziehungsweise, wie diese differenziert werden sollten (Perrez, 2016). Es herrschte allgemeine Akzeptanz darüber, dass man den Entwicklungsländern gegenüber Flexibilität in der Durchführung ihrer Massnahmen zugestehen musste, Uneinigkeit bestand jedoch darüber, wie gross diese sein sollte (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 652, 2015). Entwicklungsländer wollten zu möglichst wenig verpflichtet werden, wohingegen die Industrieländer sicherstellen wollten, dass auch Entwicklungsländer, welche die nötigen Kapazitäten für Klimaschutzmassnahmen besitzen, zum Handeln verpflichtet werden. Man einigte sich schliesslich darauf, dass jedes Land „im Hinblick auf seine unterschiedlichen nationalen Umstände" („in the light of different national circumstances") seine Beiträge leisten sollte (Art. 2(2), United Nations, 2016a). Ausserdem wurde den Entwicklungsländern explizit Flexibilität in der Umsetzung des Abkommens zugestanden. Gleichzeitig wurden aber sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer im rechtlich bindenden Teil des Abkommens dazu verpflichtet, alle fünf Jahre ihre NDCs einzureichen, wodurch ein Druck auf die Entwicklungsländer entstehen sollte, ebenfalls Klimaschutzmassnahmen durchzuführen (Art. 3, United Nations, 2016a).

Der Structured Expert Dialogue (SED)

Nachdem man an der COP 16 in Cancun beschlossen hatte, die Temperaturerhöhung auf 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen, beschloss die COP, dass periodisch ein Bericht über die „Adäquatheit dieses Ziels" und über „den allgemeinen Fortschritt", dieses zu erreichen, verfasst werden sollte (UNFCCC,2014g).
2012 entschied die COP daraufhin die Einrichtung des sogenannten „Structured Expert Dialogue". Dieser sollte die „wissenschaftliche Integrität des Berichts durch einen fokussierten Austausch von Ansichten, Informationen und Ideen sicherstellen". Sie sollte somit ein geeignetes Mittel darstellen, um den Parteien „offene und substantielle" Diskussionen über wissenschaftliche Erkenntnisse zu ermöglichen (UNFCCC, 2014h).
Dafür sollten die für den Bericht relevanten wissenschaftlichen Informationen in regelmässigen wissenschaftlichen Workshops und Expertentreffen betrachtet werden und anschliessend in einen Synthesereport über den Bericht einfliessen (UNFCCC, 2014h).

Infobox 3: Der Structured Expert Dialogue (SED)

Ein weiterer Streitpunkt war, wie grosse Geldbeiträge die Industrieländer den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen sollten und ob auch bestimmte Entwicklungsländer finanzielle Beiträge leisten müssten. Simonetta Sommaruga, die damalige Bundespräsidentin der Schweiz, forderte bereits in ihrem Eröffnungsstatement, dass nicht nur die Industrieländer, sondern auch Entwicklungsländer „gemäss ihren Kapazitäten" Ressourcen mobilisieren sollten (Sommaruga, 2015). Diese Forderung gründete darauf, dass viele Parteien es als ungerecht betrachteten, dass ärmere Industrieländer, wie zum Beispiel Griechenland, reichere Entwicklungsländer, wie zum Beispiel Singapur, finanziell unterstützen mussten. Neu sollten alle Parteien, welche in der Lage dazu sind, Unterstützung zu leisten, dies auch tun (Perrez, 2016). Die EU und die USA forderten ebenfalls, dass eine solche Differenzierung im Pariser Abkommen implementiert werden sollte. Nach heftigem Widerstand diesbezüglich von Seiten Chinas, Indiens und Saudi Arabi-

ens erklärten sich die die USA und die EU aber schliesslich bereit, auf einen derartigen Paragraphen zu verzichten, um das Erreichen eines Abkommens nicht zu gefährden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 661, 2015). Im Pariser Abkommen ist nun keine Differenzierung diesbezüglich enthalten (United Nations, 2016a).

4.4.3. Analyse des Ablaufs der COP 21

Nach dem Scheitern der COP 15 war die COP 21 möglicherweise „bestimmt, um zu gelingen", da man sich kein weiteres Versagen leisten konnte. Doch auch die Vorzeichen der Konferenz schienen positiver auszufallen als in Kopenhagen. Die bereits im Voraus eingereichten INDCs motivierten die Parteien, ihre Ziele noch ambitionierter zu fassen, und stellten gleichzeitig eine wichtige Informationsquelle für andere Beteiligte dar, um sich über die Positionen der anderen Parteien zu informieren. Ausserdem schienen die verschiedenen Länderpositionen insgesamt näher beieinander zu sein, als es vor der COP 15 der Fall war (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 652, 2015). Dies äusserte sich zum Beispiel in der Tatsache, dass sich die USA und China bereits vor Konferenzstart einigen konnten, dass beide Parteien ein Abkommen erreichen wollten. Die Frage, wie ambitioniert dieses sein sollte, blieb jedoch noch offen (Bretschger, 2016). Die Delegation der USA hatte zudem viel Zeit darin investiert, genau abzuklären, was in einem möglichen Abkommen enthalten sein durfte, ohne dass es dem Kongress vorgelegt werden müsste. Die US Delegation konnte daher in den Verhandlungen sehr genau sagen, welchen Inhalten und Formulierungen sie zustimmen konnten. Dies schmälerte zwar den Ambitionsgrad des Abkommens, doch ermöglichte es eine klare Verhandlungsgrundlage dafür, was in einem Abkommen stehen durfte, wenn man die USA mit dabei haben wollte (Hofstetter, 2016).
Um die Konferenz besser vorbereiten zu können, hatte Laurent Fabius das Amt des COP Präsidenten inoffiziell bereits ein Jahr im Voraus übernommen (Bretschger, 2016). Mit dem Ziel, einerseits die Positionen und Interessen aller Parteien genau abzuklären und einander anzunähern (Fry, 2016) und andererseits allen Parteien das Gefühl zu geben, gehört zu werden, organisierte Fabius zahlreiche Telefonkonferenzen, inoffizielle Treffen und Vorbereitungsmeetings. Dank der in Kopenhagen gesammelten Erfahrung waren ausserdem die problematischen Verhandlungsparteien bekannt, woraufhin Fabius besonders darauf achtete, diesen genügend Aufmerksamkeit zu schenken (Perrez, 2016). Diese Bemühungen zahlten sich ohne Zweifel aus und die oben beschriebenen „besseren" Vorzeichen sind sicherlich teilweise seiner Arbeit zu verdanken. Ausserdem konnte sich Fabius durch dieses Vorgehen bereits vor dem eigentlichen Konferenzstart als Vertrauens- und zentrale Ansprechperson etablieren.

Als Fabius die COP 21 schliesslich gemeinsam mit Pulgar Vidal, dem Präsidenten der COP 20 eröffnete, stellte dies einen äusserst geschickten Schachzug dar, da die Verhandlungsführung von Peru eine sehr grosse Glaubwürdigkeit besass, welche sich dadurch auch auf die französische Verhandlungsführung übertrug (Perrez, 2016). Zudem sandten die beiden Präsidenten damit ein starkes Signal, dass Entwicklungs- und Industrieländer zusammenarbeiten würden (Vladu, 2016).
Um gleich zu Beginn der Konferenz politisches Momentum für die Verhandlungen aufzubauen, entschied sich die Verhandlungsführung, den „Leaders Event" bereits am Montag der ersten Verhandlungswoche durchzuführen (Vladu, 2016). Die Staatsoberhäupter sollten politische Führung zeigen, aber nicht selbst das Abkommen verhandeln, sondern deren Minister. Die Erfahrung aus Kopenhagen zeigte, dass die Staatsoberhäupter die Verhandlungen als Druckmittel gegeneinander einsetzten und dadurch Fortschritte blo-

ckierten. Durch den veränderten Ablauf in Paris konnte die Verhandlungsführung dies erfolgreich vermeiden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015).
Im Eröffnungsplenum der COP versicherte Fabius den Delegierten, dass einzig der von der ADP vorbereitete Entwurfstext verhandelt werden würde und die Verhandlungsführung „keine Überraschungen", wie zum Beispiel eigene Textvorschläge, vorlegen wird. Mit dieser Ansprache versuchte er das Vertrauen in die Verhandlungsführung zu stärken und den Delegierten ihre Angst zu nehmen, dass die Verhandlungsführung wieder ähnlich wie in Kopenhagen handeln könnte. Gleichzeitig erlegte er den anwesenden Parteien dadurch eine kollektive Verantwortung auf, ein ambitioniertes Abkommen zu erarbeiten. Dass die Verhandlungen durch eine starke „Bottom-up"-Arbeitsweise geprägt wurden, erhöhte ausserdem die Akzeptanz einem Abkommen gegenüber, da dadurch nur im Abkommen stand, was die Parteien auch darin enthalten haben wollten, auch wenn dies bedeutete, dass der Ambitionsgrad des Abkommens tiefer liegen würde (Vladu, 2016). Die französische Verhandlungsführung verstand, dass es beinahe unmöglich ist, im UN-Prozess zu regieren und Dinge vorzuschreiben und hat deshalb ihre Energie darauf verwendet, Konsens zu schaffen und Kompromisse zu bilden. Diese Aufgabe konnte sie dank den zahlreichen Vorbereitungstreffen und der fähigen Präsidentschaft sehr gut wahrnehmen (Bretschger, 2016).
Dass die Verhandlungsführung den Vorsitz in den einzelnen Verhandlungsgruppen nicht selbst führte, sondern ihn verschiedenen Delegationsleitern übergab, war ebenfalls sehr geschickt. Die Vorsitzenden konnten sich themenspezifisch auf die Verhandlungen vorbereiten und waren dementsprechend sachkundig und kompetent. Hätte die Verhandlungsführung alleine den Vorsitz über alle Kontaktgruppen geführt, wäre es ihr nie möglich gewesen, über alle Themenbereiche derart gut informiert zu sein. Die Delegationsleiter führten folglich in der ersten Woche die Verhandlungen, woraufhin diese sich, als sie ihre Arbeit der COP übergaben, mit der Verhandlungsführung besprachen und ihr das gesammelte Wissen weitergaben. Die Verhandlungsführung konnte sich demzufolge einen guten Überblick über die Verhandlungen und deren Fortschritte verschaffen und, wenn nötig, auch in der zweiten Woche die Delegationsleiter zu Rate ziehen (Perrez, 2016).
In der zweiten Woche wurde dann das „Comité de Paris" zum inneren Zirkel der Verhandlungen (Bretschger, 2016) und die Verhandlungsführung selbst arbeitete daran, die letzten Differenzen zu beseitigen, indem sie sich mit den wichtigsten Parteien traf und nach Lösungen suchte (Fry, 2016).
Durch die klare Struktur der Verhandlungen und die Tatsache, dass in der zweiten Woche alle Verhandlungen in demselben Knotenpunkt zusammenliefen, war es möglich, alle Delegierten immer auf dem aktuellen Stand der Verhandlungen zu halten und übersichtliche, strukturierte Verhandlungen zu führen (Hofstetter, 2016).
Ausserdem verstand sich die französische Verhandlungsführung sehr gut darauf, keine Parteien zu ignorieren und allen Delegierten das Gefühl zu vermitteln, dass deren Anliegen ernst genommen werden. Insbesondere bei schwierigen Verhandlungspartnern, wie zum Beispiel den ALBA-Ländern, war dies essentiell (Perrez, 2016). Ein gutes Beispiel dafür ist der Fall des „gefürchteten Quertreibers" Venezuela (Pötter, 2015). Um Claudia Salerno, Verhandlerin für Venezuela, in den Prozess miteinzubeziehen, erteilte Fabius ihr die Rolle der Moderatorin in derjenigen Gruppe, welche die Präambel des Abkommens verhandelte. Fabius' Plan, Venezuela dadurch für das Abkommen zu gewinnen, funktionierte und Claudia Salerno war schliesslich eine „glühende Befürworterin" des Abkommens (Bretschger, 2016).

Ein „eleganter Weg zwischen Transparenz und Intransparenz“ während den Verhandlungen half einem effizienten Vorwärtskommen ebenfalls (Hofstetter, 2016). Für die Allgemeinheit waren die Verhandlungen öfter geschlossen als in Kopenhagen, da die Verhandlungsführung realisiert hat, dass dies nötig ist, um die „richtigen Verhandlungen“ stattfinden zu lassen (Dayer, 2016). Ein kurzes Beispiel dazu: Frankreichs Präsident François Hollande traf sich während den Verhandlungen mit Indiens Premierminister Narendra Modi. Bis zu diesem Zeitpunkt war man sich sehr unsicher, ob Indien das Abkommen annehmen würde. Nach der Konsultation mit Modi konnte Hollande jedoch sagen, dass Indien den Prozess nicht weiter blockieren würde. Was in dem Gespräch genau besprochen wurde und weshalb Indien seine Position plötzlich änderte, ist unklar. Scheinbar schien dies aber der richtige Weg zu sein, um ein effektives Resultat zu erreichen (Perrez, 2016).

Als das finale Abkommen schliesslich präsentiert wurde, war alles „so geschickt formuliert, dass man es fast nicht ablehnen konnte“ (Perrez, 2016), und nachdem Fabius seine Abschlussrede gehalten hatte, betonte François Hollande nochmals „fast unsicher und bittend“, dass alle Parteien gemeinsam über das Abkommen entscheiden würden, um sicherzugehen, dass sich auch alle miteinbezogen fühlten (Hofstetter, 2016).
Auch die anschliessende schnelle Bereitschaft der Verhandlungsführung, der USA zuliebe das „shall“ in ein „should“ zu ändern und es als „Tippfehler“ zu deklarieren, zeigt die Fähigkeit der Verhandlungsführung effiziente und kreative Lösungen zu finden (Bretschger, 2016). Ein weiteres Beispiel dafür ist dasjenige von Nicaragua. Das katholische Land Nicaragua, bekannt als widerspenstiger Verhandlungspartner, zeigte sich kurz vor der Schlussabstimmung über das Pariser Abkommen widerwillig, diesem zuzustimmen. Präsident Fabius, so erzählen diverse Delegierte, holte daraufhin dem Delegationsleiter Nicaraguas den Papst ans Telefon, welcher ihn schliesslich überredete, dem Abkommen zuzustimmen (Pötter, 2015).
Auch die allgemeine Stimmung in Paris war einem Abkommen förderlich. Dadurch, dass die Verhandlungsführung und das Sekretariat Hand in Hand arbeiteten (Perrez, 2016), konnten „sinnlose Wartezeiten“ vermieden und ein klarer, möglichst reibungsloser Ablauf gewährleistet werden (Hofstetter, 2016). Dies und die konstant fortschreitenden Verhandlungen führten zu einer insgesamt positiven Stimmung bei den Delegierten, was sich wiederum auf deren Kompromissbereitschaft auswirkte und so die Verhandlungen weiter vorantrieb.

5. Die Verhandlungsführung der COP 15 und der COP 21 im Vergleich

Kann nun gesagt werden, dass die französische Verhandlungsführung bessere Arbeit geleistet hat als die dänische? Aufgrund der oben beschriebenen Ereignisse und Tatsachen können tatsächlich einige Dinge festgestellt werden: Dadurch, dass Laurent Fabius seine Rolle als COP Präsident bereits ein Jahr vor den Klimaverhandlungen in Paris übernommen hatte, war es ihm besser möglich, die Verhandlungen vorzubereiten und den Weg zu einem umfassenden Abkommen zu ebnen (Bretschger, 2016). Er hat sehr viel Aufwand betrieben, um sich über die Bedürfnisse aller Parteien zu informieren, und bemühte sich, bereits im Vorfeld die Verhandlungspositionen einander anzunähern und mögliche Kompromisse abzuklären (Fry, 2016). Dabei beachtete er insbesondere diejenigen Parteien, welche sich bereits in Kopenhagen als schwierige Verhandlungspartner herausstellten (Perrez, 2016).

Die dänische Verhandlungsführung organisierte ebenfalls im Vorfeld diverse Treffen mit den Parteien, doch fand dies nicht in demselben Umfang statt (Fry, 2016) und dementsprechend weniger gut bekannt und weiter voneinander entfernt waren die verschiedenen Verhandlungspositionen zu Beginn der COP 15. Bretschger (2016) kritisiert: „Man kann nicht erwarten, dass die Leute zur COP kommen und sich dann plötzlich einig sind, wenn sie sich bereits das ganze Jahr davor gestritten haben." Es kann nicht mit Gewissheit gesagt werden, dass die Positionen der einzelnen Parteien in Kopenhagen näher beieinander oder kompromissbereiter gewesen wären, hätte die dänische Verhandlungsführung mehr in die Vorbereitung investiert. Ohne Zweifel hatten auch andere Faktoren, welche später noch genauer diskutiert werden, einen Einfluss darauf. Es kann aber gesagt werden, dass ein grösserer Aufwand der Verhandlungsführung im Vorfeld die Wahrscheinlichkeit dafür erhöht hätte.
Ein weiteres Zeichen dafür, dass die dänische Verhandlungsführung die Konferenz ungenügend vorbereitet hat, ist der unübersichtliche und viel zu lange Verhandlungstext, mit welchem die Verhandlungen starteten. Gerade bei schwierigen Ausgangspositionen der Parteien wäre es unerlässlich gewesen, die Verhandlungen mit einer klaren Übersicht über die möglichen Optionen zu starten, um effizient fortschreiten zu können (Keey, 2010).
Des Weiteren gestaltete die französische Verhandlungsführung den Ablauf in Paris sehr geschickt. Dass die Staatschefs zu Beginn der Konferenz vorsprachen und ein Abkommen forderten, erhöhte den Druck auf deren Delegationen, ein solches zu erzielen und es konnte vermieden werden, dass diese sich, wie es in Kopenhagen geschehen ist, gegenseitig blockierten.
Ausserdem war sich die Verhandlungsführung der COP 21 bewusst, dass sie als Teil des Industrielandes Frankreich die Entwicklungsländer davon überzeugen musste, dass deren Interessen ebenfalls gewahrt würden und sie selbst als neutraler Verhandlungspartner fungierte. Mit dem peruanischen Präsidenten der COP 20 zusammenzuarbeiten erhöhte diesbezüglich ihre Glaubwürdigkeit stark (Vladu, 2016). Die dänische Verhandlungsführung hatte im Gegensatz dazu nicht nur keine Zusammenarbeit mit einem Entwicklungsland geführt, sondern hat durch die Veröffentlichung des „Danish Text" das Vertrauen der Entwicklungsländer noch weiter verloren und, da sie im weiteren Konferenzverlauf teilweise Parteien und deren Bedürfnisse sogar vollständig ignoriert hat, konnte sie ihre Glaubwürdigkeit auch nicht wiederherstellen (Fry, 2016; Perrez, 2016).
Ein weiterer bedeutender Fehler war es, COP Präsidentin Hedegaard durch Premierminister Rasmussen auszutauschen. Der Präsident oder die Präsidentin der COP sollte Ansprech- und Vertrauensperson für die Delegierten sein, was dadurch verhindert wurde. Ausserdem ist eine Vorbereitungszeit unerlässlich, um das Amt des Präsidenten erfolgreich wahrnehmen zu können, da man die Positionen der Parteien sehr genau kennen und deren Hintergründe verstehen muss (Perrez, 2016). Rasmussen verstand sich denkbar schlecht darauf, diese Aufgaben wahrzunehmen und war dementsprechend auch nicht in der Lage, Vertrauen in seine Person aufzubauen (Hofstetter, 2016).
Die französische Verhandlungsführung war geschickter und Fabius stellte zu jedem Zeitpunkt den zentralen Dreh- und Angelpunkt der Verhandlungen dar. Aufgrund seiner akribischen Vorbereitung, seiner Sachkompetenz und seinem Bemühen, alle Parteien gleichermassen zu beachten, hat er es geschafft, das Vertrauen der Delegierten zu gewinnen. Ausserdem hat er seine Aufgaben als Verhandlungsführer geschickt delegiert, wodurch er immer da sein konnte, wo er gerade gebraucht wurde (Hofstetter, 2016).

Während den gesamten Verhandlungen schaffte es die französische Verhandlungsführung, einen transparenten und demokratischen Arbeitsprozess aufrechtzuerhalten und überraschte die Parteien nicht mit neuen Textvorschlägen oder anderen unerwarteten Massnahmen (Vladu, 2016). Das Abkommen konnte so Schritt für Schritt entwickelt werden und im Schlussplenum fand jede Partei seine Ideen und Anliegen im Text wieder, was die Akzeptanz dem Abkommen gegenüber deutlich steigerte (Hofstetter, 2016).
In Kopenhagen wurde diesbezüglich weitaus schlechtere Arbeit geleistet. Immer wieder tauchten neue Textvorschläge auf oder die Parteien wurden vor vollendete Tatsachen gestellt (Bretschger, 2016; Vladu, 2016; IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 458, 2009). Diejenigen Parteien, welche nicht in der „Friends of the Chair" Gruppe vertreten waren, wurden im Schlussplenum sogar mit einem Abkommen überrascht, welches nichts mehr vom ursprünglichen Verhandlungstext enthielt (Bretschger, 2016).
Ausserdem arbeiteten in Paris die Verhandlungsführung und das UNFCCC Sekretariat effizient zusammen, was in Kopenhagen nicht der Fall war (Perrez, 2016). Eine gut geplante Veranstaltung ist angenehmer als ein chaotisches Durcheinander und lange Wartezeiten. Leicht reizbare, übermüdete und genervte Delegierte waren in Kopenhagen ein oft gesehenes Bild und es kann vermutet werden, dass eine solche Stimmungslage nicht gerade förderlich ist, um eine konstruktive Verhandlung zu führen (Hofstetter, 2016). In Paris konnten hingegen durch eine gute Organisation der Veranstaltung Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche den Verhandlungen zugutekamen.

Fasst man nun alle diese Faktoren zusammen, so ergibt sich ein Bild der dänischen Verhandlungsführung, welches durchaus nicht positiv ist. Viele vermeidbare Fehler wurden gemacht und das Verhalten der Verhandlungsführung wird nicht zu Unrecht als „intransparent" und „undemokratisch" bezeichnet. Sehr oft wurden die Parteien nicht in den Prozess miteinbezogen oder wurden ungenügend über das Vorgehen der Verhandlungsführung informiert. Die Verhandlungsführung hat es somit nicht geschafft, den Parteien das Gefühl zu vermitteln, dass deren Anliegen ernst genommen werden. Ausserdem wurde sie aufgrund ihres Vorgehens nicht als neutrale Vertrauensperson wahrgenommen, was unerlässlich ist, um „Verhandlungen zu führen".
Die französische Verhandlungsführung hingegen wurde zuecht gelobt und gefeiert. Mit viel Aufwand, Feingefühl und Sachverständnis hat sie es geschafft, alle Parteien in den Prozess miteinzubeziehen und geschickt Kompromisse zu bilden. Natürlich muss dabei erwähnt werden, dass diese den Vorteil hatte, aus der dänischen Verhandlungsführung und ihren Fehlern lernen zu können. Trotzdem ist es nicht selbstverständlich, wie gut Fabius und seine Mitarbeiter diese Erfahrung in praktische Handlungen umgesetzt haben, und auch Probleme, welche in Paris zum ersten Mal auftraten, wurden von der Verhandlungsführung mit viel Geschick gelöst. Alleine auf der Tatsache, dass Paris mit und Kopenhagen ohne Erfahrung durchgeführt wurde, konnte der Erfolg der französischen Verhandlungsführung also nicht basieren.
Es kann folglich gesagt werden, dass die französische Verhandlungsführung ihre Aufgaben tatsächlich besser erfüllt hat und dadurch ihre Rolle besser wahrnehmen konnte, als die dänische. Was daraus aber noch nicht geschlossen werden kann ist, ob dies auch der Grund für den Erfolg der COP 21 beziehungsweise den Misserfolg der COP 15 darstellte. Um diese Frage beantworten zu können, werden im folgenden Kapitel weitere mögliche Einflussfaktoren auf den Verlauf und die Resultate der beiden Konferenzen diskutiert.

6. Weitere Einflussfaktoren

6.1. Verschiedene Länderpositionen

6.1.1. USA

Die USA als einer der grössten Emitter von Treibhausgasen waren bereits im Vorfeld der COP 15 als eher zurückhaltender Mitspieler in den Klimaverhandlungen bekannt. Dies gründete vor allem darauf, dass sie das Kyoto Protokoll als eines von wenigen Industrieländern nie ratifiziert hatten (UNFCCC, 2014d) und somit bis vor Kopenhagen dem internationalen Druck widerstanden, sich zu Treibhausgasemissionsreduktionen zu verpflichten (Goldenberg, 2009). Im Vorfeld der COP 15 veröffentlichte das Weisse Haus dann doch noch als letztes grosses Industrieland ihre ersten konkreten Emissionsreduktionsziele (Goldenberg, 2009). Diese beinhalteten unter anderem ein Reduktionsziel von 17% unter dem Emissionslevel von 2005 bis 2020 (White House, 2009). Dazu muss aber bemerkt werden, dass dieses Ziel zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs im Kongress angenommen wurde und daher noch keine Verpflichtung der USA bedeutete (Hopwood, 2009). Rechnet man den genannten Beitrag auf eine Reduktion im Vergleich zum Emissionslevel im Jahre 1990 um, bedeutet dies nur eine drei- (Ottinger, 2010) bis vierprozentige Reduktion der Emissionen (Worthington, 2009), weshalb die genannten Ziele unter anderem von der EU, Japan und UN Wissenschaftlern als „nicht genug" gerügt wurden (BBC, 2009). Da die USA in der Vergangenheit mit Abstand am meisten Treibhausgase emittiert hatten und noch immer weltweit einer der grössten Emitter darstellten, wurde ein ambitionierterer Beitrag gefordert (Bretschger, 2016).
Ausserdem rechnete man den USA in den Klimaverhandlungen eine Art Schlüsselposition zu und erwartete daher, dass diese mit ihren Zielen ein Zeichen setzen und somit die Führung zu einem ehrgeizigen Abkommen übernehmen würden. Man hoffte insbesondere, dass sich dadurch andere grosse Emitter wie China und Indien eher zu einem Abkommen bereit erklären würden (Vidal und Adam, 2009).

Die USA übernahmen schliesslich nicht die Führung in den Verhandlungen der COP 15, auch wenn Obama schlussendlich einer der Hauptautoren der Kopenhagener Vereinbarung war. Ein Grund, der sie daran hinderte, war der aus Konservativen zusammengesetzte US Kongress. Dieser stellt sich gegen jegliche Art von Klimaschutz und würde einem Abkommen diesbezüglich daher mit Sicherheit nicht zustimmen. US Präsident Obama besitzt selbst nur einen begrenzten Handlungsspielraum, um ein Abkommen anzunehmen. Sobald konkrete rechtlich bindende Emissionsreduktionsziele, Haftbarkeiten oder finanzielle Verpflichtungen in einem solchen enthalten sind, muss er dieses dem Kongress vorlegen, was effektiv bedeutet, dass es von den USA abgelehnt wird. Barack Obama war zum Zeitpunkt der COP 15 gerade ein Jahr im Amt und hatte aufgrund dessen und der Tatsache, dass sein Vorgänger George W. Bush sich nicht bedeutend an den Klimaverhandlungen beteiligt hatte (Dimitrov, 2010), laut Hofstetter (2016) noch nicht genügend Zeit, genau abzuklären, was in einem Abkommen stehen durfte, um es dem Kongress nicht vorlegen zu müssen. Aufgrund dieser Tatsachen zeigten sich die USA in Kopenhagen nicht besonders motiviert, ein ambitioniertes Abkommen zu erreichen, was wiederum die Bereitschaft der Entwicklungsländer schmälerte, selbst einen Beitrag zu leisten (Keey, 2010). Insbesondere China forderte im Gegenzug dafür, ihre Massnahmen von einem internationalen Mechanismus überwachen zu lassen, konkrete Verpflichtungen der USA. Da die USA dem aber nicht zustimmten, blockierte diese Streiterei ein Fortschreiten der Klimaverhandlungen in Kopenhagen (Diringer, o. J.).

In Paris hatten die USA genau abgeklärt, was in einem Abkommen enthalten sein durfte und was nicht (Fry, 2016). Ausserdem nannten sie in ihren INDCs nochmals ambitionierter gefasste Emissionsreduktionsziele von 26-28 % unter dem Level von 2005 bis 2025 (United States of America, 2015), welche von Ecofys und Climate Analytics (2015) als „mittelmässig" eingestuft wurden, und zeigten sich insgesamt motivierter, ein umfassendes Abkommen zu erreichen. Dies war für die Verhandlungen sehr nützlich und in Paris konnten sich die Parteien darauf basierend schliesslich einigen, ein weniger ambitioniertes, dafür USA-verträgliches Abkommen zu produzieren (Hofstetter, 2016). Ausserdem hatten sich die USA bereits im Vorfeld der COP 21 mit China über wichtige Punkte geeinigt und die beiden Parteien blockierten dadurch die Verhandlungen nicht erneut (Bretschger, 2016).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die USA in Paris weitaus motivierter waren, ein Abkommen zu erzielen, als in Kopenhagen, was sich auch auf die Ambitionen anderer Parteien auswirkte. Ausserdem zeigten sich in Paris die anderen Parteien bereiter, den USA entgegenzukommen, um ein Abkommen nicht zu gefährden. Diese veränderten Faktoren erleichterten ohne Zweifel das Erreichen eines Klimaabkommens, auch wenn aufgrund der USA das Pariser Abkommen in vielen Punkten abgeschwächt werden musste.

6.1.2. Schweiz

Der Erhalt der Umwelt ist eines der fünf aussenpolitischen Ziele der Schweiz (BV, Art. 54 Ziff. 2). Dies bedeutet, dass sich die Schweiz aktiv für die Klimapolitik einsetzen muss (Ambühl, 2015). Ausserdem beschreibt sich die Schweiz immer wieder selbst als „Musterknabe" in der Klimapolitik (Fischlin, 2016). In Kopenhagen hat sie Emissionsreduktionen von 20% im Vergleich zu den Emissionslevels von 1990 bis 2020 versprochen und angeboten, diese Reduktionen auf 30% zu erhöhen, sollten andere Industrieländer sich zu ähnlichen Beiträgen verpflichten (DETEC, 2009). Vor Paris hat die Schweiz in ihren INDCs dieses Ziel dann auf eine Reduktion von 50% bis 2030 im Vergleich zu 1990 Levels erhöht (Federal Council, 2015a). Diese Ziele sind, verglichen mit anderen Industrieländern, eher ambitioniert, doch Ecofys und Climate Analytics (2015) stuft diese noch immer nur als „mittelmässig" ein. Begründet wird dies damit, dass, auch wenn die Schweiz vergleichsweise wenig Emissionen ausgestossen hat und immer noch ausstösst, sie eine grössere Kapazität für Klimaschutzmassnahmen hätte und sich daher zu ambitionierteren Zielen verpflichten sollte. Gestützt wird diese Behauptung auf dem vergleichsweise sehr hohen Bruttoinlandprodukt (GDP) der Schweiz (Ecofys und Climate Analytics, 2015).
Fischlin (2016) beschreibt die Position der Schweiz als „relativ unredlich" und begründet dies folgendermassen: Der vergleichsweise geringe CO_2-Ausstoss der Schweiz gründet darauf, dass es in der Schweiz möglich ist, viel Energie aus der Wasserkraft zu gewinnen, was in anderen Ländern nicht möglich ist. Ausserdem ist in der Schweizer Energiestatistik ein hoher Anteil sogenannter „grauer Energie" nicht enthalten. Das ist indirekt benötigte Energie, zum Beispiel für Produktionsprozesse im Ausland. Würde man diese Faktoren miteinbeziehen, so wäre die Schweiz in der Klimapolitik ungefähr auf eine Stufe mit der EU zu stellen (Fischlin, 2016).

Des Weiteren wird die Schweiz einen Teil ihrer Emissionsreduktionen durch Zertifikathandel erfüllen. Bis zu 20% der versprochenen 50% der Reduktionen wird sie im Ausland durchführen, da es dort billiger ist (Federal Council, 2015b). Ausserdem gewann die Schweiz in Kopenhagen fast den „Fossil of the Day" Award aufgrund ihrer extrem konservativen Position bezüglich „Loss and Damage", welche auf einer Linie mit den USA lag (Dayer, 2016). Der Award wird jeden Tag durch Mitglieder des Climate Action Networks (CAN) derjenigen Partei verliehen, welche die Klimaverhandlungen am besten „blockiert" hat (Climate Action Network-International, 2015).

Die Schweiz hat also weder in Kopenhagen noch in Paris die Rolle des „Musterknabens" übernommen (Bretschger, 2016). Ihre Position ist eher mit derjenigen der EU zu vergleichen. Vergleichsweise ambitioniert, doch nicht mit den Ambitionen anderer Länder, wie z.B. Tuvalu oder Costa Rica zu vergleichen (Ecofys und Climate Analytics, 2015).

6.1.3. EU

Die EU gilt als eine der ambitionierteren Mitspieler in den Klimaverhandlungen und versprach in Kopenhagen, wie die Schweiz, eine zwanzig- beziehungsweise dreissigprozentige Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zu den Emissionslevels von 1990 (European Commission, 2010). An der COP 15 war sie eine der prominentesten Verhandler und versuchte insbesondere Länder wie China, Indien und die USA zu motivieren, sich zu konkreten Emissionsreduktionszielen zu verpflichten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 457, 2009). Ausserdem wies die EU mehrmals darauf hin, dass das „2°C Ziel" nicht erreicht werden kann, wenn die Parteien ihre Beiträge nicht erhöhen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 454, 2009).
In Kopenhagen wurde die EU, neben den USA und China, von knapp 50% der anwesenden Parteien als Führer in den Klimaverhandlungen respektiert (Parker et al., 2015). Im Vergleich zu China und den USA plädierte sie jedoch für ein ambitioniertes Klimaabkommen und motivierte so viele andere Parteien ebenfalls zu ehrgeizigeren Zielen (Dimitrov, 2010).

In ihren vor der COP 21 eingereichten INDCs versprach die EU schliesslich eine Reduktion ihrer Emissionen von 40% bis 2030 im Vergleich zu 1990 Levels (Latvia und Europäische Kommission (2015). Von Ecofys und Climate Analytics (2015) wurde dies als „mittelmässiger" Beitrag eingestuft, da die EU gemäss ihren Kapazitäten mehr machen könnte. Ausserdem sollten die Versprechungen der EU im Kontext betrachtet werden. Die 1990er Baseline erlaubt es der EU, die Emissionsreduktionen, welche aus dem Kollaps der Sowjetischen Wirtschaft resultierten, mitzuzählen. Würde man die genannten Ziele auf eine 2005er Grundlage umrechnen, wäre die zwanzigprozentige Reduktion gerade noch eine dreizehnprozentige, was deutlich weniger ambitioniert ist (Worthington, 2009).
Ebenfalls ist unsicher, wie erfolgreich die EU als Staatenbund ihre Ziele in den einzelnen Ländern durchsetzen können wird und, ob sie daher überhaupt fähig sein wird, ihre Ziele zu erfüllen. Im Februar 2015 wurde zum Beispiel im Vereinigten Königreich Grossbritannien der „Infrastructure Act" in Kraft gesetzt. Dieser macht es in Grossbritannien zu einer gesetzlichen Pflicht, so viel Öl wie möglich aus dem Boden zu befördern und ist damit vollkommen gegenläufig zu den Klimazielen der EU (Monbiot, 2015).

Laut Hofstetter (2016) büsste die EU an der COP 21 ihre Führungsrolle ein und befand sich während den gesamten Verhandlungen eher im Hintergrund. Dies bewirkte, dass die EU auch ihren Einfluss verlor, die Parteien zu ambitionierteren Zielen zu motivieren. Vermutlich wirkte sich dies jedoch nicht allzu stark auf das Abkommen aus, da die USA und China neu ihre Führungsrolle wahrnahmen und selbst für ein Abkommen plädierten.

6.1.4. China

China wird immer wieder als einer der Hauptschuldigen für das Scheitern der COP 15 betrachtet, doch was steckt wirklich dahinter? Betrachten wir dafür zuerst die Position Chinas im Vorfeld der Klimakonferenz in Kopenhagen. China kündigte im Vorfeld bis 2020 eine Kohlendioxid-Emissionsreduktion von 40-45% relativ zu ihrem Wirtschaftswachstum im Vergleich zu 2005 Levels an und nannte damit zum ersten Mal konkrete Reduktionszahlen (Watts, 2009b). Dieser freiwillige Beitrag wurde einerseits von den Parteien sehr willkommen geheissen, andererseits betonten diese aber auch, dass China mehr tun könnte und aufgrund seiner Position als einer der grössten Emitter auch mehr tun müsste. Des Weiteren muss bemerkt werden, dass diese Angaben relativ zum Wirtschaftswachstum gelten. Es gilt die Menge ausgestossener Kohlenstoff pro Einheit GDP als Referenz. Konkret bedeutet dies, dass mit diesen Zielen nicht garantiert wird, dass die Gesamtmenge ausgestossenen Kohlenstoffs überhaupt sinken wird. Die Emissionen dürfen weiter zunehmen, nur nicht in demselben Masse wie die chinesische Wirtschaft wächst (BBC, 2009). Hochrechnungen sagen aus, dass die genannten Zahlen eine Abweichung von 0-12% vom „business as usual" Szenario bedeuten würden, was noch immer einer Erhöhung des CO_2 Niveaus von 2009 um 40% entspricht (Worthington, 2009). Chinas Verteidigungsargument für diese eher mässig ambitionierten Ziele ist, dass bereits mit diesen Zielen China weit mehr macht, als es reichere Länder bei einem ähnlichen Entwicklungsstand getan haben (Watts, 2009b). China gilt als einer der drei wichtigsten Mitspieler in den Klimaverhandlungen, hatte diese Position aufgrund seiner rasanten Entwicklung jedoch in Kopenhagen erst neu erworben. Ihre Ziele in Kopenhagen waren vor allem darauf ausgerichtet, sich möglichst viel Entwicklungsfreiraum zu sichern und sich zu keinen Langzeitzielen zu verpflichten (Keey, 2010). Ausserdem stellte sich das Schwellenland China während den Verhandlungen klar auf die Seite der Entwicklungsländer und forderte von den Industrieländern wiederholt, dass diese ihre Beiträge erhöhen sollten. Gleichzeitig verhinderte China, dass Entwicklungsländer ebenfalls zu konkreten Beiträgen verpflichtet werden (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 452 und No. 449, 2009) und begründete diesen Widerstand damit, dass Industrieländer eine grössere historische Verantwortung und grössere aktuelle pro-Kopf-Emissionen hätten und diese daher auch mehr leisten müssten (Watts, 2009b). Ausserdem verhinderte die chinesische Delegation ein effizientes Arbeiten an der COP 15 durch prozedurale Beschwerden und eine kompromisslose Position bezüglich Transparenz (siehe Unterkapitel 4.2.2.3) (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 457, 2009). Mit dem gescheiterten Resultat der Klimakonferenz zeigte sich der chinesische Delegationsleiter, Xie Zhenhua, daraufhin offensichtlich zufrieden und betonte insbesondere die „Errungenschaft", dass alle Parteien ihre „Bottom lines" respektieren konnten (Zhenhua, 2009).

Chinas Position in den Klimaverhandlungen hat sich seither verändert. Das explosionsartige Wachstum Chinas fordert seinen Tribut und China ist neu mit einer „gigantischen Umweltverschmutzung“ konfrontiert, welche bedeutende Kosten hervorruft (Bretschger, 2016). Dies hat auch die Wahrnehmung der Klimaerwärmung und deren mögliche Konsequenzen verändert. Die Bedrohung einer Ausbreitung der Wüsten oder eines Anstieg des Meeresspiegels ist mittlerweile viel stärker ins Bewusstsein getreten und wurde als reale Gefahr anerkannt (Fischlin, 2016). Ein Wandel in Chinas Politik zu einer langsamer, aber nachhaltiger wachsenden Wirtschaft ist die Folge (Bretschger, 2016). Chinas INDCs spiegeln diese Entwicklung teilweise wieder. Darin steht geschrieben, dass Chinas CO_2-Emissionen bis 2030 pro Einheit GDP um 60-65% im Vergleich zu 2005 Levels reduziert werden und diese spätestens bis dann ihr Maximum erreichen sollen (Department of Climate Change, National Development & Reform Commission of China, 2015). Insbesondere der zweite Teil dieses Satzes ist wichtig, stellt dies doch das erste Mal eine absolute und nicht nur eine relative Verpflichtung zur Reduktion der CO_2-Emissionen dar. Diese Verpflichtungen werden von Ecofys und Climate Analytics (2015) in ihrem Ambitionsgrad als „mittelmässig“ eingestuft, begründet damit, dass dieser Aufwand noch immer ungenügend ist, um die Temperaturerhöhung auf 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen, es sei denn, andere Parteien würden signifikant mehr leisten. Eine weitere grosse Schwäche der INDCs Chinas ist es, dass sie nur Kohlenstoffdioxid-Emissionen anspricht und keine Aussage über den Ausstoss anderer Treibhausgase, wie zum Beispiel Methan, macht (Ecofys und Climate Analytics, 2015). Trotz dieser Schwächen war China an der COP 21 deutlich motivierter, ein Abkommen zu erreichen (Perrez, 2016). Dies zeigte sich unter anderem bereits im Vorfeld der Konferenz, als China eine Zusammenarbeit mit den USA versprach und die beiden Länder diese auch vorbereiteten, indem sie sich bereits im Vorfeld über viele wichtige Punkte einigten (Bretschger, 2016).
Auch während den Verhandlungen in Paris wurde von China aber weiterhin gefordert, dass die Industrieländer die Führung in der Klimapolitik übernehmen sollen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 658, 2015). Ausserdem lehnte China jegliche Erwähnung darüber, dass auch Entwicklungsländer finanzielle Beiträge leisten sollten, kategorisch ab (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 661, 2015).
Trotzdem blockierte die chinesische Delegation die Verhandlungen deutlich weniger als in Kopenhagen und liess zum Beispiel ihren Widerstand bezüglich Transparenz fallen. Ausserdem erhöhte Chinas Bereitschaft zu einem Abkommen den Druck auf andere Länder, ebenfalls ihren Widerstand einem Abkommen gegenüber aufzugeben. Die führte zu differenzierteren Positionen der Entwicklungsländer, was sich unter anderem darin äusserte, dass die G-77+China als Repräsentant der Entwicklungsländer plötzlich gespalten war und daher an Einfluss verlor. Länder, welche die Klimaverhandlungen blockieren wollten konnten somit nicht länger im Namen der Koalition der G-77+China die Verhandlungen aufhalten und sich hinter Chinas mächtiger Position verstecken. (Perrez, 2016).
Chinas neue Position beeinflusste die Verhandlungen an der COP 21 daher positiv und einer der grössten Widerstände von Kopenhagen war nicht mehr vorhanden.

6.1.5. Indien

Indien gilt als eines der wenigen grossen, selbstbewussten Länder mit einer eigenen Vorstellung der Welt und wie diese funktionieren sollte. Ausserdem steht Indien noch am Anfang seiner Entwicklung, ist aber aufgrund seiner Grösse und seinem rasanten wirtschaftlichen Wachstum bereits jetzt einer der grössten Emitter von Treibhausgasen und daher einer der wichtigsten Mitspieler in den Klimaverhandlungen (Hofstetter, 2016). Für Indien sind Argumentationen der westlichen Welt weitgehend irrelevant und daher akzeptiert das Land keine Limitierung in seiner Entwicklung und betrachtet dies als „eine Frage der nationalen Würde" (Ambühl, 2015).
Während Indiens Eröffnungsstatement an der COP 21 forderte Premierminister Narendra Modi aber eine solche Limitierung von den Industrieländern und begründete dies, genau wie China, mit der grösseren historischen Verantwortung und den grösseren Kapazitäten der Industrieländer (Modi, 2015). Insgesamt verhielt sich Indien während der COP 15 sehr ähnlich wie China. Beide forderten bedeutende Beiträge von Industrieländern und weigerten sich, selbst Beiträge zu leisten (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 654, 2015). Ebenso wie China formulierte Indien seine Emissionsreduktionsziele relativ zum GDP. An der COP 15 nannte Indien das Ziel, seine Treibhausgasemissionen relativ zum GDP um 20-25% bis 2020 im Vergleich zu 2005 Levels zu reduzieren (Ecofys und Climate Analytics, 2015). In ihrer INDC vor Paris erhöhten sie dieses Ziel auf eine Reduktion von 33-35% relativ zum GDP (Government of India, 2015). Im Unterschied zu China beziehen sich diese Ziele nicht nur auf die CO_2-Emissionen, sondern auf die gesamten Treibhausgasemissionen. Daraus folgt, dass die niedrigeren Zahlen Indiens nicht bedeuten, dass ihre Beiträge weniger ambitioniert sind, als diejenigen Chinas. Ecofys und Climate Analytics (2015) bewertet Indiens Beitrag ebenfalls als „mittelmässig".

Im Unterschied zu China hat Indien seine Position in Paris im Vergleich zu derjenigen in Kopenhagen jedoch nicht verändert. Indiens Ziel war es nach wie vor, die Verhandlungen so gut wie möglich zu blockieren und ein möglichst schwaches Abkommen zu erzielen. Die Tatsache, dass China jedoch nicht mehr dieselbe Position vertrat, reduzierte Indiens Einfluss beträchtlich. Indien verlor den Rückhalt der G-77+China, da diese in Paris unter anderem aufgrund der veränderten Position Chinas keine Interessenseinheit mehr bildeten, und stand am Ende praktisch alleine mit Saudi Arabien auf der Seite der „Bremser". Dadurch war Indien nicht mehr sehr gut in die Verhandlungen integriert und verlor beträchtlich an Einfluss (Perrez, 2016). Hofstetter (2016) rechnete Indien trotzdem aufgrund seiner Unberechenbarkeit ein grosses Potential an, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen und auch Perrez (2016) nennt Indien als einer wichtigsten Faktoren, welche einen erfolgreichen Ausgang der Konferenz hätte gefährden können. COP 21 Präsident Fabius war sich dieser Tatsache ebenfalls bewusst, weshalb er Indien besonders viel Aufmerksamkeit widmete. Nach einem inoffiziellen Treffen mit Premierminister Modi konnte François Hollande diesen aber schliesslich überzeugen, einem Abkommen nicht länger entgegenzustehen (siehe Unterkapitel 4.4.3). Doch, um Indien zur Kooperation zu bewegen, waren laut Hofstetter (2016) wichtige Zugeständnisse und Abschwächungen im Pariser Abkommen nötig.

6.1.6. Saudi Arabien

Saudi Arabien ist als dasjenige Land bekannt, welches die Klimaverhandlungen immer wieder gezielt zu sabotieren und jeglichen Fortschritt zu blockieren versucht. Seine Wirtschaft ist stark von fossilen Brennstoffen abhängig, weshalb Veränderungen in der globalen Energiepolitik den Wohlstand Saudi Arabiens massiv gefährden. Saudi Arabien möchte diese Entwicklung folglich möglichst lange aufhalten (Dimitrov, 2010).

Seine Position spiegelt sich auch in ihrer eingereichten INDC wieder. 130 $MtCO_2$-Äquivalent sollen bis 2030 jährlich vermieden werden. Ausserdem hält sich Saudi Arabien die Option offen, ihre INDCs abzuändern, sollte das Pariser Abkommen eine „abnormale Belastung" für die Saudische Wirtschaft darstellen (Kingdom of Saudi Arabia, 2015). Dieser Beitrag wird von Ecofys und Climate Analytics (2015) als „inadäquat" eingestuft. Saudi Arabien nennt keine Baseline, von welcher seine Reduktionsziele abgeleitet werden. Ecofy und Climate Analytics (2015) berechnet mit einer Grundlage von 1990 eine Erhöhung der Emissionen von 600%, und mit einer Grundlage von 2010 eine Erhöhung von 132%. Dies ist höchst inkonsistent mit dem Ziel, die Temperaturerhöhung unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu halten (Ecofys und Climate Analytics, 2015).
Unter dem Deckmantel des Entwicklungslandes, welches sich für die Ärmsten einsetzt, versuchte die Saudische Verhandlungsführung so gut wie möglich jeglichen Fortschritt in den Klimaverhandlungen zu blockieren. In Kopenhagen gelang dies noch relativ gut, in Paris hatte sich die allgemeine Wahrnehmung jedoch stark verändert. Entwicklungs- und Industrieländer bekämpften sich nicht mehr aus Prinzip gegenseitig und arbeiteten gemeinsam auf ein Abkommen hin. Daher gelang es Saudi Arabien an der COP 21 nicht mehr, seine „unredliche" Position als Verteidiger der Ärmsten aufrechtzuerhalten (Fischlin, 2016) und musste somit seinen Widerstand gegen ein Abkommen aufgeben, da es sonst alleine dagestanden wäre (Perrez, 2016).

6.1.7. Tuvalu

Tuvalu ist eine kleine Insel im pazifischen Ozean, welche durch den Meeresspiegelanstieg aufgrund des Klimawechsels in seiner Existenz bedroht wird (Paul, 2015). Aufgrund dieser Bedrohung hat sich Tuvalu zu einem der stärksten Advokaten einer ambitionierten Klimapolitik entwickelt. Sowohl in Kopenhagen als auch in Paris forderte der Inselstaat ein ambitioniertes Abkommen mit konkreten Emissionsreduktionszielen, um die durch den Klimawandel verursachte Temperaturerhöhung erfolgreich auf 1.5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 449, 2009; Fry, 2016). In Paris verfolgte die tuvaluische Delegation ausserdem das Ziel, einen permanenten Mechanismus für „Loss and Damage" im Abkommen festzuhalten (siehe Unterkapitel 4.4.2.1) (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 656, 2015). Sie selbst verpflichteten sich in ihrer INDC zu einer Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen von 60% unter das Niveau von 2010 bis 2025. Dies entspricht einem der ehrgeizigsten Beiträge aller Parteien und ist konsistent mit dem „1.5°C Ziel" (Government of Tuvalu, 2015).
Da Tuvalus Interessen in der Kopenhagener Vereinbarung nicht gewahrt wurden, war das Land schliesslich eines der wenigen Länder, welches diese explizit ablehnte (Fry, 2016).

Tuvalus Position hat sich während der COP 15 und der COP 21 nicht bedeutend verändert. Verändert hat sich jedoch das Verständnis der anderen Parteien dafür. In Kopenhagen wurde die tuvaluische Delegation grösstenteils ignoriert und übergangen, wohingegen in Paris deren Interessen berücksichtigt wurden. Beispiele dafür sind der Kompromiss, welcher bezüglich „Loss and Damage" geschlossen wurde, und die Erwähnung einer Temperaturbegrenzung auf 1.5°C (siehe Unterkapitel 4.4.2.1 und 4.4.2.2).
Mit dem Pariser Abkommen zeigte sich Ian Fry, Verhandlungsführer für Tuvalu, daher recht zufrieden, obwohl insbesondere konkrete Emissionsreduktionsziele und eine im „Loss and Damage"-Mechanismus enthaltene Haftbarkeit erwünscht gewesen wären (Fry, 2016).

6.2. Interne Parteiführung

Parker et al. (2015) untersuchte, welche Parteien bisher bei Klimaverhandlungen eine Führungsposition übernahmen. An der COP 15 kristallisierten sich dabei die EU, die USA und China klar heraus, doch ist jedes dieser Länder nur von rund 50% der Parteien als Anführer anerkannt. Der regionale Faktor spielt dabei eine grosse Rolle, da Länder Parteien aus ihrer eigenen Region eher als solchen anerkennen. Keine der drei Parteien wurde somit von einer klaren Mehrheit als Anführer betrachtet, sondern meist nur von Ländern, welche regional ähnlich gelegen sind (Parker et al., 2015).
Hofstetter (2016) betont jedoch die Notwendigkeit einer parteiinternen Führung, welche die Richtung der Verhandlungen vorgibt und mit gutem Beispiel vorangeht, um ein umfassendes Abkommen zu erreichen

In Kopenhagen war dies, wie schon gesagt, nicht der Fall, insbesondere, da sich die USA und China gegenseitig blockierten und die EU nicht genügend Macht hatte, um alleine die Führung zu übernehmen (Parker et al., 2015). Dementsprechend wäre es gerade da unerlässlich gewesen, dass die Verhandlungsführung die Führungsrolle übernommen hätte. Wie bereits in Unterkapitel 4.2.3 evaluiert wurde, war dies jedoch nicht der Fall. In Paris trat die EU schliesslich während den Verhandlungen eher in den Hintergrund (Hofstetter, 2016) und die USA und China übernahmen gemeinsam die Führung. Da diese sich grösstenteils bereits im Voraus miteinander geeinigt hatten, war eine Zusammenarbeit möglich und sie konnten gemeinsam die Parteien zu einem Abkommen motivieren (Bretschger, 2016). Da gleichzeitig auch die Verhandlungsführung selbst in Paris bessere Führungsqualitäten zeigte, ergänzten sich die Beiträge dieser drei Führungspositionen und führten schliesslich zu einem Erfolg der COP 21.

6.3. Öffentliche Wahrnehmung

Immer wieder hört man, dass in Paris der Druck der Zivilgesellschaft auf die Delegierten gestiegen ist, ein ambitioniertes Abkommen zu erreichen (Dayer, 2016; Perrez, 2016). Doch ist dies tatsächlich so? Kopenhagen hatte mit seinen 40'000 Teilnehmern, davon 5'000 Repräsentanten der Medien, Paris gegenüber, mit seinen 36'000 Teilnehmern, davon 3'600 Repräsentanten der Medien, mehr Teilnehmer und dadurch die wohl grössere öffentliche Aufmerksamkeit (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009; IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015). Ausserdem fanden während der COP 15 immer wieder Demonstrationen und gewalttätige Auseinandersetzungen statt (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 459, 2009), was ein weiteres Zeichen für den immensen Druck ist, welcher die Zivilgesellschaft auf die Verhandelnden ausübte. Während der COP 21 fanden ebenfalls zahlreiche Demonstrationen statt, doch verliefen diese grösstenteils friedlich (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 663, 2015). Diese Fakten deuten darauf hin, dass der öffentliche Druck in Kopenhagen grösser war als in Paris. Fischlin (2016) bemerkt dazu aber, dass sich die öffentliche Wahrnehmung seit Kopenhagen

verändert hat: Die persönliche Erfahrung der Zivilgesellschaft hat zugenommen und die Erscheinungen des Klimawandels sind manifester geworden. Von immer mehr Leuten wird die Bedrohung des Klimawandels als wissenschaftliche Wahrheit akzeptiert, was sich möglicherweise weniger in den Besucherzahlen der Klimakonferenzen äussert, sondern vielmehr in der Tatsache, dass die Delegierten auch ausserhalb der Klimakonferenzen vermehrt den Druck der Zivilgesellschaft verspüren, etwas gegen die Klimaerwärmung zu unternehmen. Ausserdem erhöhte vermutlich die Tatsache, dass die Delegierten in Kopenhagen scheiterten, den Druck auf diese weiter, da es eine Blamage gewesen wäre, ein zweites Mal zu scheitern (IISD Reporting Services, Vol. 12 No. 652, 2015).

In Paris wurden ausserdem aufgrund der kurz vor Eröffnung der COP 21 geschehenen Terrorattacken Demonstrationen an öffentlichen Plätzen aus Sicherheitsgründen verboten. Dies könnte die verminderte Anwesenheit der Öffentlichkeit erklären (Quinn, 2015). Ausserdem könnten die Demonstrationen weniger gewalttätig ausgefallen sein, da die Verhandlungen besser fortschritten als in Kopenhagen, was sich auch auf das Verhalten der Zivilgesellschaft auswirkte.

Aufgrund der oben beschriebenen Tatsachen lässt sich schwer sagen, ob der öffentliche Druck an der einen oder der anderen Konferenz grösser war. Ohne Zweifel war dieser an beiden Konferenzen immens. Doch könnte der erhöhte Druck auf die Delegierten, welcher nicht direkt durch die Konferenzteilnehmer, sondern vielmehr durch hintergründige Faktoren resultierte, das Erreichen eines Abkommens in Paris gefördert haben.

6.4. Wirtschaftliche Lage

Alle Länder sind immer besorgt um ihre wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit (Worthington, 2009). Aus diesem Grund sträuben sich Industrieländer auch, bedeutend grössere Verpflichtungen einzugehen als die Entwicklungsländer, da dies für sie in einem Marktnachteil resultieren könnte (Keey, 2010). Die Auswirkungen der Finanzkrise 2008 waren während der COP 15 noch immer spürbar. Eine wirtschaftliche Rezession erhöhte die Angst vieler Länder, dass die zusätzliche finanzielle Belastung durch die Klimapolitik zu viel sein könnte. Dies schmälerte wiederum deren Ambitionen, ein umfassendes Abkommen zu erzielen. Diese Angst wird weiter geschürt, indem verschiedene Lobbygruppen, wie zum Beispiel Economiesuisse, meist ohne wissenschaftliche Basis, die Kosten für die Anpassung an den Klimawandel als untragbar beschreiben. Der vierte IPCC Bericht schätzte die finanziellen Kosten einer ambitionierten Anpassung an den Klimawandel jedoch nur als „nicht bis wenig spürbar“ ein (Fischlin, 2016).
In Paris befand sich die Wirtschaft im Vergleich zu Kopenhagen in einer stabilen Phase und die Kosten eines Klimaschutzes konnten mittlerweile ebenfalls genauer, wenn auch immer noch schlecht, abgeschätzt werden. Dies stärkte vermutlich das Vertrauen der Parteien, dass diese die Kosten einer ambitionierten Klimapolitik tragen können werden und vergrösserte somit deren Bereitschaft, einem Abkommen zuzustimmen (Hofstetter, 2016).

6.5. Analyse der weiteren Einflussfaktoren

Betrachtet man nun alle oben beschriebenen Faktoren, so kann gesagt werden, dass die äusseren Gegebenheiten in Paris deutlich positiver ausfielen als in Kopenhagen. Entscheidend war ohne Zweifel die Tatsache, dass neu in Paris weder die USA noch China einem Abkommen im Wege standen und beide die Führung innerhalb der Parteien auf dem Wege zu einem Klimaabkommen übernahmen. Dies führte zu einer Kaskade von Veränderungen. Die Zusammenarbeit eines Entwicklungs- und eines Industrielandes bewirkte, dass die Wahrnehmung diesbezüglich deutlich differenzierter wurde und sich diese beiden „Lager" nicht mehr gegenseitig blockierten. Dadurch, dass insbesondere China ein Abkommen befürwortete, verloren Länder wie Indien und Saudi Arabien, welche gegen ein ambitioniertes Klimaabkommen waren, ausserdem einen wichtigen Verbündeten in ihren Bestrebungen, ein möglichst schwaches Abkommen zu produzieren. Diese mussten sich schliesslich dem allgemeinen Druck beugen und konnten einem Abkommen nicht länger entgegenstehen. An der COP 15 war es solchen Ländern noch weitaus besser möglich, die Verhandlungen zu blockieren, da diese durch die mächtige Koalition der G-77+China gestützt wurden und viele Entwicklungsländer mehr oder weniger dieselben Interessen verfolgten. Daher war es zu diesem Zeitpunkt noch besser möglich, im Namen aller Entwicklungsländer die Verhandlungen aufzuhalten, wohingegen man in Paris eher alleine dagestanden wäre. Dies möchte aber jedes Land vermeiden, um seinen internationalen Beziehungen nicht zu schaden. Ausserdem übernahm in Kopenhagen weder die Verhandlungsführung, noch eine Partei die Führung, wodurch eine klare Richtung fehlte, wohin die Verhandlungen führen sollten.

Die stabile wirtschaftliche Lage und die veränderte Wahrnehmung der Klimaerwärmung bildeten ausserdem gute Rahmenbedingungen für effiziente Verhandlungen und beeinflussten die Kompromissbereitschaft und Ziele der einzelnen Länder positiv.
Es kann also gesagt werden, dass nicht nur die Verhandlungsführung, sondern auch weitere Faktoren in Paris besser waren als in Kopenhagen. Die Frage bleibt offen, ob das Pariser Abkommen der Verhandlungsführung zu verdanken ist, oder, ob die oben beschriebenen Faktoren eine wichtigere Rolle spielten. Ausserdem ist es nach wie vor schwierig abzuschätzen, ob tatsächlich die dänische Verhandlungsführung die Hauptschuld am Scheitern der COP 15 trägt, oder ebenfalls die beschriebenen Faktoren einen grösseren Einfluss hatten.

7. Resultate

In dieser Arbeit wurde herausgefunden, dass die COP 15 faktisch gescheitert ist, auch wenn viele Diskussionspunkte ein Jahr später in Cancun und schliesslich auch in Paris wieder aufgegriffen wurden. Ausserdem kann festgestellt werden, dass die COP 21 erfolgreich war, insbesondere, da sie ein rechtlich bindendes Abkommen hervorgebracht hat. Dazu sollte jedoch erwähnt werden, dass das Pariser Abkommen nur in prozeduralen, und nicht in substantiellen Punkten verpflichtend ist und daher ein eher schwaches Abkommen darstellt. Die Bereitschaft, ein weniger ambitioniertes Abkommen zu erzielen, hatte jedoch auch eine Einigung bedeutend vereinfacht und war somit ein nötiges Zugeständnis, um überhaupt ein Abkommen erreichen zu können.

Doch nicht nur der Ausgang der COP 21 fiel zufriedenstellender aus, als derjenige der COP 15, sondern auch deren Verlauf. Dies hat verschiedene Gründe: Einerseits konnte in Paris durch eine effiziente Zusammenarbeit der Verhandlungsführung und des Sekretariats eine gute Organisation der Veranstaltung und klare Rahmenbedingungen sichergestellt werden, andererseits wurde die Konferenz sowohl durch die Verhandlungsführung, als auch durch die Parteien selbst besser vorbereitet. Dadurch konnten bereits im Vorfeld die Positionen der einzelnen Parteien abgeklärt und Kompromisse vorbereitet werden. Ausserdem lag so zu Beginn der COP 21 ein weitaus übersichtlicherer Entwurfstext als an der COP 15 als Verhandlungsgrundlage vor, wodurch ein effizienter Verhandlungsstart gewährleistet werden konnte.
Die Verhandlungen verliefen zudem zufriedenstellender, da die Delegierten selbst insgesamt motivierter waren, ein Abkommen zu erreichen und dementsprechend mehr darin investierten, Kompromisslösungen zu finden. Insbesondere die USA und China, zwei der wichtigsten Parteien in den Klimaverhandlungen, hatten ihre Positionen im Vergleich zu denjenigen in Kopenhagen stark verändert. An der COP 15 zeigten sich diese beiden Länder nicht bereit, Kompromisse einzugehen oder signifikante Zugeständnisse zu machen, um ein ambitioniertes Klimaabkommen zu ermöglichen. In Paris hingegen zeigten sie sich motiviert, ein Abkommen zu erreichen und übernahmen gemeinsam die Führung innerhalb der Parteien. Dies bewirkte einerseits, dass die Spaltung zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern weniger extrem wurde, und andererseits, dass auch innerhalb der Entwicklungsländer keine geschlossene Interessenseinheit mehr bestand. Dies hatte schliesslich auch einen Einfluss auf die Ambitionen der anderen Parteien. Diese folgten entweder freiwillig dem Beispiel der beiden „Anführer“ oder mussten sich schliesslich dem gestiegenen allgemeinen Druck beugen und konnten daher einem Abkommen nicht mehr länger im Wege stehen. Letzteres trifft vor allem auf Indien und Saudi Arabien zu, da diese den Rückhalt Chinas verloren hatten und es ihnen daher nicht mehr möglich war, im Namen der Entwicklungsländer die Verhandlungen zu blockieren.

Die Rezession, in welcher sich die Wirtschaft zurzeit der COP 15 befand, erschwerte es ebenfalls, die Parteien zu ambitionierten Verpflichtungen in einem Abkommen zu motivieren, da diese sich vor einer zusätzlichen finanziellen Belastung fürchteten und nicht bereit waren, diesbezüglich grosse Zugeständnisse zu machen.
Ausserdem kann gesagt werden, dass der Druck auf die Delegierten in Paris einen Erfolg zu erzielen gestiegen ist. Da der Druck der Öffentlichkeit jedoch bei beiden Konferenzen enorm gross war, ist es zweifelhaft, ob dies einen entscheidenden Einfluss hatte.

Neben all den beschriebenen Faktoren war die Verhandlungsführung jedoch ohne Zweifel einer der wichtigsten Faktoren, welcher ein Abkommen in Paris ermöglichte und eines in Kopenhagen verunmöglichte. In Kopenhagen verlor die Verhandlungsführung rasch durch intransparentes Handeln, undemokratisches Verhalten und fehlendes Sachwissen ihre Glaubwürdigkeit und somit das Vertrauen der Parteien. Dies wären jedoch wichtige Eigenschaften gewesen, um erfolgreich ihre Rolle wahrnehmen zu können und die Verhandlungen effektiv zu führen.
Ausserdem fehlte der COP Präsidentschaft, dem Kopf der Verhandlungsführung, das nötige Feingefühl, um allen Parteien das Gefühl zu vermitteln, gehört und ernst genommen zu werden. Insbesondere Rasmussen, welcher im späteren Verlauf der Konferenz die Präsidentschaft von Hedegaard übernommen hatte, mangelte es daran. Schnell fühlten sich daher viele Delegierte nicht mehr respektiert und in den Prozess miteinbezogen.

Der Verhandlungsführung wurde daraufhin vorgeworfen, aus Eigeninteresse zu handeln und sie verlor ihre Glaubwürdigkeit als neutralen Verhandlungspartner. Dies wäre jedoch unerlässlich gewesen, um eine Beratungsstelle für die Parteien sein zu können und Kompromisse dadurch voranzutreiben.
Das Ende der COP 15 und, wie die Kopenhagener Vereinbarung schliesslich präsentiert wurde, spiegelten nochmals die Art und Weise, wie die Verhandlungen während der gesamten Konferenz abliefen. Undemokratisch und intransparent wurde an einem Abkommen gearbeitet, welches schliesslich den Parteien zur Abstimmung vorgelegt wurde, ohne dass diese noch etwas dazu hätten anmerken können. Es ist daher wenig erstaunlich, dass die Akzeptanz dem Abkommen gegenüber sehr gering ausfiel und dieses schliesslich abgelehnt und aufs Schärfste kritisiert wurde.

Die französische Verhandlungsführung unter dem COP Präsidenten Laurent Fabius machte einiges besser und hat sehr gut aus den Fehlern der dänischen Verhandlungsführung gelernt. Die oben erwähnte bessere Vorbereitung und Organisation der Konferenz waren nur zwei Aspekte davon. Sie hat es ausserdem geschafft während der gesamten Konferenz einen demokratischen und transparenten Prozess zu gewährleisten. Dies gelang unter anderem deshalb, da sich die Verhandlungsführung der Tatsache bewusst war, dass einige Länder mehr Aufmerksamkeit benötigten als andere und dementsprechend gehandelt hat. Durch diese Vorgehensweise fühlten sich die einzelnen Parteien zu jedem Zeitpunkt als wichtigen, respektierten Bestandteil der Verhandlungen und waren motiviert, ihren Teil zu einem Abkommen beizutragen.
Ausserdem schaffte es Fabius, als Präsident der COP, mit viel Einfühlungsvermögen und Sachwissen, ein geachteter und hilfreicher Berater für die Delegierten zu sein und die einzelnen Verhandlungsstränge so in sich zu vereinen und deren Fortschreiten sicherzustellen.

Die Verhandlungsführung hat folglich einen sehr grossen Einfluss auf den Ablauf und den Ausgang einer Klimakonferenz. Mit einer guten Vorbereitung und einer klaren Organisation der Veranstaltung können wichtige Rahmenbedingungen geschaffen werden, die effiziente Verhandlungen ermöglichen. Ausserdem ist es unerlässlich, dass es der Verhandlungsführung nicht an einer umfassenden Sachkenntnis und grossem Einfühlungsvermögen und Verständnis den Parteien gegenüber mangelt. Eine transparente und demokratische Arbeitsweise erhöht dabei zusätzlich die Akzeptanz einem Abkommen gegenüber und validiert den Prozess, in welchem dieses verfasst wurde. Eine „Bottom-up"- ist zudem einer „Top-down"-Vorgehensweise vorzuziehen. Dadurch kann sichergestellt werden, dass nur Inhalte im Abkommen stehen, welche auch von den Parteien so akzeptiert wurden und spätere inhaltliche Probleme können vermieden werden.

8. Diskussion

Aufgrund der in Kapitel 7 beschriebenen Tatsachen kann mit relativ grosser Sicherheit gesagt werden, dass mit einer Verhandlungsführung wie derjenigen in Kopenhagen, vermutlich auch bei perfekten äusseren Gegebenheiten kein Abkommen hätte erzielt werden können. Zu viele Fehler sind unter der dänischen Verhandlungsführung geschehen und zu vieles hat sie nicht gut genug gemacht. Die Verhandlungsführung konnte daher ihre Aufgaben, die Parteien einander anzunähern, Kompromisse zu bilden und effiziente Verhandlungen voranzutreiben nicht mehr wahrnehmen, was jedoch gerade an der COP 15 unerlässlich gewesen wäre, da die äusseren Faktoren alles andere als einem Abkommen förderlich waren.

Doch hätte man mit einer besseren Verhandlungsführung, wie zum Beispiel der Französischen, möglicherweise bereits an der COP 15 ein Abkommen erreichen können? Fischlin (2016) verneint, aber entspricht dies der Wahrheit? Der Spruch „Die Welt war nicht bereit", wie man ihn von vielen Teilnehmern der Konferenz hört (Dayer, 2016; Fischlin, 2016), nimmt der dänischen Verhandlungsführung teilweise die Schuld am Scheitern der COP 15. Tatsächlich arbeiteten wie bereits gesagt viele äussere Faktoren gegen einen erfolgreichen Ausgang der COP 15.
Es könnte folglich zum Beispiel argumentiert werden, dass die Positionen der Entwicklungs- und Industrieländer zu unversöhnlich und die Differenzen zu gross gewesen sind, als dass selbst eine gute Verhandlungsführung die Situation zugunsten eines Abkommens merklich hätte verändern können. Es könnte aber auch argumentiert werden, dass, hätte die Verhandlungsführung besser mit den einzelnen Parteien konsultiert, und so deren Positionen bereits im Voraus der Konferenz einander angenähert, diese Differenzen hätten überwunden werden können und ein Abkommen möglich gewesen wäre. Sowohl die eine als auch die andere Hypothese ist plausibel und eine eindeutige Aussage zu treffen, wäre reine Spekulation. Fischlins These kann also weder dementiert noch verifiziert werden. Was aber gesagt werden kann, ist, dass der Einfluss der Verhandlungsführung keineswegs unterschätzt werden sollte und diese in Kopenhagen ohne Zweifel ein Abkommen verhindert und in Paris ein solches vorangetrieben hat.

Fischlins Aussage, dass „die richtige Person im richtigen Moment das Richtige tun muss", um ein Abkommen zu erzielen, fasst die Problematik sehr schön zusammen. Eine gute Verhandlungsführung kann einen erheblichen Einfluss darauf ausüben, dass die richtige Person das Richtige tut. Eine schlechte Verhandlungsführung hingegen kann dies bedeutend erschweren oder sogar verunmöglichen. Der richtige Moment kann jedoch von der Verhandlungsführung nur bedingt hervorgerufen werden und äussere Faktoren können es ihr sogar unmöglich machen, diesen zu erreichen. Ist man sich dieser erschwerenden Faktoren jedoch bewusst, kann man diese in seinem Handeln berücksichtigen und versuchen, deren Einfluss zu schmälern. Dies hat die französische Verhandlungsführung ohne Zweifel beherrscht, wobei man ihr auch den Vorteil zusprechen muss, dass sie aus der Erfahrung in Kopenhagen viel lernen konnte und die äusseren Gegebenheiten positiver ausfielen als noch an der COP 15.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass eine schlechte Verhandlungsführung sehr wohl fähig ist, einen erfolgreichen Ausgang der Konferenz zu verunmöglichen, eine gute Verhandlungsführung hingegen kann den Prozess zwar in die richtige Richtung lenken, doch damit keine erfolgreiche Konferenz garantieren. Äussere Faktoren spielen mindestens eine ebenso grosse Rolle und diese können von der Verhandlungsführung nur bedingt beeinflusst werden. Sowohl der Erfolg der COP 21, als auch der Misserfolg der COP 15, ist nicht nur der Verhandlungsführung zuzuschreiben. Doch in beiden Fällen hatte diese zweifelsohne einen bedeutenden Einfluss auf den Ausgang der Konferenz.

9. Literaturverzeichnis

Ambühl, Michael (2015). Zu den politischen Herausforderungen in den internationalen Klima-Verhandlungen. Zugriff am 13.04.2016, https://www.ethz.ch/content/vp/en/events/2015/c2sm/a01e3685-f020-45b2-8266-3ef8c8363893.html

AOSIS (2015). About AOSIS. Zugriff am 07.07.2016, http://aosis.org/about/

BAFU (2009). UNO-Weltklimakonferenz in Kopenhagen: ein kleiner Schritt auf einem langen Weg. Zugriff am 25.04.2016, http://www.bafu.admin.ch/dokumentation/medieninformation/00962/index.html?lang=de&msg-id=30843

BBC (2009). China unveils emissions targets ahead of Copenhagen. Zugriff am 27.04.2016, http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/8380106.stm

Bosco, David (2010). How Mexico mastered multilateralism. Zugriff am 27.06.2016, http://foreignpolicy.com/2010/12/14/how-mexico-mastered-multilateralism/

Bretschger, Lucas (2016). Persönliches Interview, geführt von der Verfasserin. Zürich, 11. April 2016.

Broder, John und **Kanter**, James (2009). China and U.S. Hit Strident Impasse at Climate Talks. Zugriff am 16.06.2016, http://www.nytimes.com/2009/12/15/science/earth/15climate.html?_r=2&hp

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) vom 18. April 1999, Art. 54 Ziff. 2. Stand am 1. Januar 2016.

Carraro, Carlo und **Siniscalco,** Domenico (1993). Strategies for the international protection of the environment. Journal of public Economics, 52(3), 309-328

Carrington, Damian (2011). Q & A: 'Climategate'. Zugriff am 11.05.2016, http://www.theguardian.com/environment/2010/jul/07/climate-emails-question-answer

Climate Action Network-International (2015). Fossil of the day. Zugriff am 08.07.2016, http://www.climatenetwork.org/fossil-of-the-day

Climate Focus (2015). Loss and Damage in the Paris Agreement. Zugriff am 16. 06.2016, http://www.climatefocus.com/sites/default/files/20160214%20Loss%20and%20Damage%20Paris_FIN.pdf

COP21 (2015). What's the use of the country coalitions? Zugriff am 11.087.2016, http://www.COP 21.gouv.fr/en/whats-the-use-of-the-country-coalitions/

Dayer, Océane (2016). Persönliches Interview, geführt von der Verfasserin. Zürich, 11. April 2016.

Department of Climate Change, National Development & Reform Commission of China (2015). China's intended nationally determined contribution. Zugriff am 08.07.2016, http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/China/1/China's%20INDC%20-%20on%2030%20June%202015.pdf

Dimitrov, Radoslav S. (2010), Inside UN Climate Change Negotiations: The Copenhagen Conference. Review of Policy Research, 27: 795–821

Diringer, Elliot; Cecys, Kate; Patodia, Namrata; Bodansky, Daniel. (o. J.). Summary: Copenhagen climate summit. Zugriff am 11.05.2016, http://www.c2es.org/international/negotiations/cop-15/summary

Ecofys und Climate Analytics (2015). Rating countries. Alle Berichte zu finden unter http://climateactiontracker.org/countries.html, letzter Zugriff am 08.07.2016

Europäische Union (2016). Die EU – kurz gefasst. Zugriff am 07.07.2016, http://europa.eu/about-eu/basic-information/about/index_de.htm

European Commission (2010). Expression of willingness to be associated with the Copenhagen Accord and submission of the quantified economy-wide emissions reduction targets fo 2020. Zugriff am 08.07.2016, https://unfccc.int/files/meetings/cop_15/copenhagen_accord/application/pdf/europeanunioncphaccord_app1.pdf

Federal Council, The (2015a). Switzerland's intended nationally determined contribution (INDC) and clarifying information. Zugriff am 07.07.2016, http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/38517.pdf

Federal Council, The (2015b). Switzerland targets 50% reduction in greenhouse gas emissions by 2030. Zugriff am 08.07.2016, https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=en&msg-id=56394

Fischlin, Andreas (2016). Persönliches Interview, geführt von der Verfasserin. Zürich, 11. April 2016.

Fry, Ian (2016). Persönliches Interview, geführt von der Verfasserin. Zürich, 11. April 2016.

Goldenberg, Suzanne (2009). US to go to Copenhagen summit with proposed target on carbon emissions. Zugriff am 27.04.2016, http://www.theguardian.com/environment/2009/nov/24/copenhangen-climate-emissions-obama-cuts

Government of Tuvalu (2015). Intended Nationally Determined Contributions. Zugriff am 08.07.2016, http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/Tuvalu/1/TUVALU%20INDC.pdf

Government of India, The (2015). India's Intended Nationally Determined Contribution: Working Towards Climate Justice. Zugriff am 08.07.2016, http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/India/1/INDIA%20INDC%20TO%20UNFCCC.pdf

Group of 77, The (o. J.). About the Group of 77. Zugriff am 07.07.2016, http://www.g77.org/doc/

Harvey, Fiona (2015). Paris climate change agreement: the world's greatest diplomatic success. Zugriff am 08.04.16, http://www.theguardian.com/environment/2015/dec/13/paris-climate-deal-cop-diplomacy-developing-united-nations

Head of the Federal Department of the Environment, Transport, Energy and Communications (DETEC) (2009). Quantified economy-wide emissions targets for 2020. Zugriff am 08.07.2016, https://unfccc.int/meetings/copenhagen_dec_2009/items/5264txt.php

Hofstetter, Patrick (2016). Persönliches Interview, geführt von der Verfasserin. Zürich, 11. April 2016.

Hopwood, David (2009). Copenhagen in a nutshell. Renewable Energy Focus, 10(6)

IISD Reporting Services (2009). Vol. 12 No. 449-459. Fifteenth Conference of the Parties to the UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) and Fifth Meeting of the Parties to the Kyoto Protocol (COP 15 and COP/MOP 5). Alle Berichte zu finden unter http://www.iisd.ca/climate/COP 15/, letzter Zugriff am 03.07.2016

IISD Reporting Services (2015) Vol. 12 No. 652-663. Paris Climate Change Conference - November 2015 (UNFCCC COP 21). Alle Berichte zu finden unter http://www.iisd.ca/climate/COP 21/enb/, letzter Zugriff am 03.07.2016

International Center for Climate Governance (o. J.). Bolivarian Alliance for the Peoples of our America (ALBA). Zugriff am 11.07.2016, http://climateobserver.org/country-profiles/bolivarian-alliance-for-the-peoples-of-our-america-alba/

IPCC (2007). Glossary. Zugriff am 08.07.2016, https://www.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/wg2/en/annexessglossary-a-d.html

IPCC (2013). IPCC Factsheet: What is the IPCC?. Zugriff am 07.07.2016, http://www.ipcc.ch/news_and_events/docs/factsheets/FS_what_ipcc.pdf

Keey, Geoff (2010). A Momentary Lapse of Reason? Special Issue: After Copenhagen. Policy Quarterly, 6(1), Issue 2

Kingdom of Saudi Arabia (2015). The Intended Nationally Determined Contribution of the Kingdom of Saudi Arabia under the UNFCCC. Zugriff am 08.07.2016, http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/Saudi%20Arabia/1/KSA-INDCs%20English.pdf

Latvia und **Europäische Kommission**, Die (2015). Intended Nationally Determined Contribution of the EU and its Member States. Zugriff am 08.07.2016, http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/Latvia/1/LV-03-06-EU%20INDC.pdf

Modi, Narendra (2015). Statement by Prime Minister at COP 21 Plenary. Zugriff am 08.07.2016, http://unfccc.int/files/meetings/paris_nov_2015/application/pdf/COP 21cmp11_leaders_event_india.pdf, 29.03.16

Monbiot, George (2015). Keep fossil fuels in the ground to stop climate change. Zugriff am 11.05.2016, http://www.theguardian.com/environment/2015/mar/10/keep-fossil-fuels-in-the-ground-to-stop-climate-change

Ottinger, L. Richard (2010). Introduction: Copenhagen Climate Change Conference—Success or Failure? Pace Environmental Law Review, 27, Issue 2

Parker, F. Charles; Karlsson, Christer; Hjerpe, Mattias (2015). Climate change leaders and followers: Leadership recognition and selection in the UNFCCC negotiations. International Relations, 29: 434-454

Paul, Stella (2015). Honour Our Right to Exist, Say Pacific Island Leaders at COP 21. Zugriff am 15.05.2016, http://www.ipsnews.net/2015/12/honor-our-right-to-exist-say-pacific-island-leaders-at-COP 21/

Perrez, Franz (2016). Persönliches Interview, geführt von der Verfasserin. Zürich, 11. April 2016.

Pötter, Bernhard (2015). Da hat er ein wenig getrickst. Zugriff am 20.06.2016, http://www.taz.de/!5261251/

Quinn, Ben (2015). COP 21 climate marches in Paris not authorised following attacks. Zugriff am 24. 06.2016, https://www.theguardian.com/world/2015/nov/18/COP 21-climate-marches-paris-attacks

Seidler, Christoph (2009). Abkürzungsflut erklärt: Klimasprech für Fortgeschrittene. Zugriff am 07.07.2016, http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/abkuerzungsflut-erklaert-klimasprech-fuer-fortgeschrittene-a-664307.html#m

Sommaruga, Simonetta (2015). Statement by the President of the Swiss Confederation Simonetta Sommaruga. Zugriff am 08.07.2016, http://unfccc.int/files/meetings/paris_nov_2015/application/pdf/COP 21cmp11_leaders_event_switzerland.pdf

Staschen, Björn (2009). Datenklau lässt Klimaskeptiker jubeln. Zugriff am 08.07.2016, https://web.archive.org/web/20100711084406/http://www.tagesschau.de/ausland/climategate120.html

United Nations (1992). United Nations Framework Convention on Climate Change. Zugriff am 08.07.2016, https://unfccc.int/resource/docs/convkp/conveng.pdf

United Nations (1996). Dokument FCCC/CP/1996/2. Zugriff am 15.06.2016, http://unfccc.int/resource/docs/cop2/02.pdf

United Nations (2009). Decision 2/CP.15. Dokument FCCC/CP/2009/11/Add.1. Zugriff am 10.07.2016, http://unfccc.int/resource/docs/2009/COP 15/eng/11a01.pdf

United Nations (2016a). Decision 1/CP.21. Dokument FCCC/CP/2015/10/Add.1. Zugriff am 10.07.2016, http://unfccc.int/resource/docs/2015/COP 21/eng/10a01.pdf

United Nations (2016b). Overview. Zugriff am 07.07.2016, http://www.un.org/en/sections/about-un/overview/index.html

UNFCCC (2005). climate change, small island developing States. Zugriff am 07.07.2016, http://unfccc.int/resource/docs/publications/cc_sids.pdf

UNFCCC (2009). Barcelona Climate Change Conference – November 2009. Press conference video statement, 6 November. Zugriff am 11.05.2016, http://unfccc.int/meetings/barcelona_nov_2009/meeting/6299.php

UNFCCC (2011). Guide for Presiding Officers. Zugriff am 27.06.2016, http://unfccc.int/resource/docs/publications/guide_presiding_officers.pdf

UNFCCC (2014a) Intended Nationally Determined Contributions (INDCs). Zugriff am 08.07.2016, http://unfccc.int/focus/indc_portal/items/8766.php

UNFCCC (2014b). Parties & Observers, Zugriff am 08.07.2016, http://unfccc.int/parties_and_observers/items/2704.php

UNFCCC (2014c). Cancun Climate Change Conference – November 2010. Zugriff am 08.07.2016, http://unfccc.int/meetings/cancun_nov_2010/meeting/6266.php

UNFCCC (2014d). Status of Ratification of the Kyoto Protocol. Zugriff am 25.04.2016, http://unfccc.int/kyoto_protocol/status_of_ratification/items/2613.php

UNFCCC (2014e). First steps to a safer future: Introducing The United Nations Framework Convention on Climate Change. Zugriff am 08.07.2016, http://unfccc.int/essential_background/convention/items/6036.php

UNFCCC (2014f). Conference of the Parties (COP). Zugriff am 08.07.2016, http://unfccc.int/bodies/body/6383.php

UNFCCC (2014g). The 2013-2015 review. Zugriff am 08.07.2016, http://unfccc.int/science/workstreams/the_2013-2015_review/items/6998.php

UNFCCC (2014h). The structured expert dialogue - The 2013-2015 review. Zugriff am 08.07.2016, http://unfccc.int/science/workstreams/the_2013-2015_review/items/7521.php

UNFCCC (2014i). The Paris Agreement. Zugriff am 13.07.2016, http://unfccc.int/paris_agreement/items/9485.php

United States of America (2015). Intended nationally determined contribution. Zugriff am 08.07.2016, http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/United%20States%20of%20America/1/U.S.%20Cover%20Note%20INDC%20and%20Accompanying%20Information.pdf

Vaughan, Adam (2015). Paris climate deal: key points at a glance. Zugriff am 25.04.2016, http://www.theguardian.com/environment/2015/dec/12/paris-climate-deal-key-points

Vidal, John etc. (2009a). Low targets, goals dropped: Copenhagen ends in failure. Zugriff am 13.04.2016, http://www.theguardian.com/environment/2009/dec/18/copenhagen-deal

Vidal, John (2009b). Copenhagen climate summit in disarray after 'Danish text' leak. Zugriff am 11.05.2016, http://www.theguardian.com/environment/2009/dec/08/copenhagen-climate-summit-disarray-danish-text

Vidal, John und **Adam**, David (2009). Barack Obama to attend Copenhagen climate summit. Zugriff am 27.04.2009, http://www.theguardian.com/environment/2009/nov/25/barack-obama-copenhagen

Vidal, John und **Watts**, Jonathan (2009). Copenhagen closes with weak deal with poor threaten to reject. Zugriff am 13.06.2016, https://www.theguardian.com/environment/2009/dec/19/copenhagen-closes-weak-deal

Vladu, Florin (2016). Persönliches Interview, geführt von der Verfasserin. Zürich, 11. April 2016.

Walsh, Bryan (2009). Lessons From the Copenhagen Climate Talks.Zugriff am 13.06.2016, http://content.time.com/time/specials/packages/article/0,28804,1929071_1929070_1949054,00.html

Watts, Jonathan (2009a). What was agreed at Copenhagen – and what was left out. Zugriff am 13.04.16, http://www.theguardian.com/environment/2009/dec/18/how-copenhagen-text-was-changed

Watts, Jonathan (2009b). China sets first targets to curb world's largest carbon footprint. Zugriff am 27.04.2016, http://www.theguardian.com/environment/2009/nov/26/china-targets-cut-carbon-footprint

White House, The (2009). President to Attend Copenhagen Climate Talks. Zugriff am 27.04.2016, https://www.whitehouse.gov/the-press-office/president-attend-copenhagen-climate-talks

Worthington, Bryony (2009). What do the US and China's emissions targets actually mean?. Zugriff am 27.04.2009, http://www.theguardian.com/environment/cif-green/2009/nov/26/us-china-targets-mean

Zhenhua, Xie (2009). Copenhagen deal reaction in quotes. Zugriff am 08.07.2016, http://news.bbc.co.uk/2/hi/science/nature/8421910.stm#developingnation

10. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die wichtigsten Punkte der Kopenhagener Vereinbarung 3
Tabelle 2: Die wichtigsten Punkte des Pariser Abkommens..... 6

11. Infoboxverzeichnis

Infobox 1: Die Konsens-Regelung im UNFCCC Prozess..... 9
Infobox 2: Die United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) 11
Infobox 3: Der Structured Expert Dialogue (SED).....24

12. Anhang

Inhaltsverzeichnis Anhang

Inhaltsverzeichnis Anhang 51

Anhang A Interviewpartner 52

A.1 Bretschger, Lucas, Prof. Dr. 52

A.2 Dayer, Océane 52

A.3 Fischlin, Andreas, Prof. Dr. 52

A.4 Fry, Ian, Dr. 52

A.5 Hofstetter, Patrick 53

A.6 Perrez, Franz, Dr. 53

A.7 Vladu, Florin 53

Anhang B Eigenständigkeitserklärung 54

Anhang A Interviewpartner

A.1 Bretschger, Lucas, Prof. Dr.

Lucas Bretschger ist Professor für Ressourcenökonomie am „Departement of Management, Technology and Economics“ an der ETH Zürich und ist Mitglied der ETH-Kompetenzzentren „Centre for Energy Policy and Economics“ (CEPE) und „Energy Science Center“ (ESC). Er untersucht den Zusammenhang zwischen natürlichern Ressourcen und einer langfristigen und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und sucht nach ökonomisch optimalen Strategien, um natürliche Rohstoffe durch andere Inputs und neue technische Lösungen zu ersetzen.
Ausserdem war er als offizielles Mitglied der Schweizer Delegation sowohl an der COP 15 als auch an der COP 21.

A.2 Dayer, Océane

Océane Dayer absolviert derzeit Ihren Master in Umweltpolitik und Umweltökonomie an der ETHZ.
Seit mehreren Jahren ist sie in der Schweizer Jugend für die UNO aktiv und sie ist überzeugt, dass die Jugendlichen unverzichtbare Akteurinnen und Akteure für die Entwicklung einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft sind. Als offizielle Jugendrepräsentantin der Schweiz bei der UNO (sog. „Youth Rep“) versucht sie andere für deren Bedeutung und Möglichkeiten zu sensibilisieren. Ausserdem ist sie Präsidentin und Gründerin von „Swiss Youth for Climate“ und war mit dieser Organisation auch als Vertreterin der Zivilgesellschaft an der COP 21 in Paris.

A.3 Fischlin, Andreas, Prof. Dr.

Andreas Fischlin ist bereits seit 17 Jahren Mitglied der Schweizer Delegation und war bisher an allen wichtigen Klimaverhandlungen mit dabei. In den letzten drei Jahren war er ausserdem „Co-Facilitator“ des SED Berichts. Zudem war er „Lead Author“ des zweiten und vierten IPCC Berichts und „Review Editor“ des dritten und fünften Berichts. Für den vierten Bericht gewann er sogar den Friedensnobelpreis. Dieses Jahr wurde er ausserdem zum „Vice Chair“ des IPCCs gewählt, weshalb er sich nun aus den Klimaverhandlungen zurückziehen wird, um einem Interessenskonflikt zu vermeiden.
Ausserdem ist er momentan Professor für Systemökologie am Institut für Integrative Biologie des Departements Umweltwissenschaften der ETH Zürich und arbeitet in der Entwicklung von Computermodellen komplexer Ökosysteme. Dabei untersucht er das Verhalten von Waldökosystemen unter sich ändernden Klimabedingungen und die Ökologie von Populationszyklen.

A.4 Fry, Ian, Dr.

Ian Fry ist seit 16 Jahren Botschafter für den Klimawandel und die Umwelt für die tuvaluische Landesregierung. Ausserdem ist er der Repräsentant der Pazifikregion im internationalen Rat für Umweltrecht der UN und unterrichtet an der „Fenner School of Environment and Society“ „International Environmental Policy“ und „Island Sustainable Development“. Er war als Verhandlungsführer der tuvaluischen Delegation sowohl an der COP 15 als auch an der COP 21 mit dabei.

A.5 Hofstetter, Patrick

Patrick Hofstetter ist Leiter der Klima- und Energieabteilung beim WWF Schweiz und war sowohl in Kopenhagen als auch in Paris als Mitglied der Schweizer Verhandlungsdelegation mit dabei. Ausserdem versucht er als Vertreter der Umweltorganisation WWF das Interesse der Zivilgesellschaft wahrzunehmen und ist Mitglied der WWF Netzwerk Gruppe und vom Climate Action Network. Diese Integration in internationale Organisationen ermöglicht es ihm, während den Klimakonferenzen deren Informationsnetzwerke zu gebrauchen, weshalb er immer bestens über die Verhandlungen informiert war und auch Zugriff zu Informationen hatte, welche anderen Delegierten fehlten.

A.6 Perrez, Franz, Dr.

Franz Perrez ist Abteilungschef für die Abteilung Internationales am Bundesamt für Umwelt (BAFU) und fungiert dort als Botschafter für die Umwelt. Ausserdem war er der Leiter der Schweizer Verhandlungsdelegation in Paris und somit der Nachfolger von Thomas Kolly, der an der COP 15 Delegationsleiter war.
Er hat Recht an der Universität Bern „School of Law“, an der Universität Paris II und an der NYU „School of Law“ studiert und unterrichtet ausserdem als Lehrbeauftragter internationales Umweltrecht an der Universität Bern.

A.7 Vladu, Florin

Florin Vladu ist „Programme Officer“ für Technologie beim UNFCCC Sekretariat und arbeitete dort auch während der COP 15 und der COP 21. Er kann daher eine Sicht ausserhalb der verschiedenen Länderdelegationen liefern. Er war unter anderem dafür zuständig, Dokumente zu planen und pünktlich bereitzuhalten, um sie den Parteien vorlegen zu können, und Berater für die Delegierten einzustellen. Ausserdem organisiert er diverse Meetings während den Klimakonferenzen und überarbeitet Entwurfstexte für die Verhandlungen nach den Wünschen der Verhandler.

Anhang B Eigenständigkeitserklärung

ETH

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Eigenständigkeitserklärung

Die unterzeichnete Eigenständigkeitserklärung ist Bestandteil jeder während des Studiums verfassten Semester-, Bachelor- und Master-Arbeit oder anderen Abschlussarbeit (auch der jeweils elektronischen Version).

Die Dozentinnen und Dozenten können auch für andere bei ihnen verfasste schriftliche Arbeiten eine Eigenständigkeitserklärung verlangen.

Ich bestätige, die vorliegende Arbeit selbständig und in eigenen Worten verfasst zu haben. Davon ausgenommen sind sprachliche und inhaltliche Korrekturvorschläge durch die Betreuer und Betreuerinnen der Arbeit.

Titel der Arbeit (in Druckschrift):

Von Kopenhagen nach Paris: Ein Vergleich der Klimakonferenzen COP 15 und COP 21 mit Fokus auf die Rolle der Verhandlungsführung

Verfasst von (in Druckschrift):
Bei Gruppenarbeiten sind die Namen aller Verfasserinnen und Verfasser erforderlich.

Name(n):	**Vorname(n):**
Rapold	Nina

Ich bestätige mit meiner Unterschrift:

- Ich habe keine im Merkblatt „Zitier-Knigge" beschriebene Form des Plagiats begangen.
- Ich habe alle Methoden, Daten und Arbeitsabläufe wahrheitsgetreu dokumentiert.
- Ich habe keine Daten manipuliert.
- Ich habe alle Personen erwähnt, welche die Arbeit wesentlich unterstützt haben.

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Arbeit mit elektronischen Hilfsmitteln auf Plagiate überprüft werden kann.

Ort, Datum	**Unterschrift(en)**
Wallisellen, 27.07.2016	N. Rapold

Bei Gruppenarbeiten sind die Namen aller Verfasserinnen und Verfasser erforderlich. Durch die Unterschriften bürgen sie gemeinsam für den gesamten Inhalt dieser schriftlichen Arbeit.